

N°93 - 09.2018

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



- IN DIESER AUSGABE

Prozessbericht zum ersten Urteil gegen Jan
"Bin ich für dich (k)ein Mensch?" – Solidarität für die Antipsychiatrie Bewegung
Stellt euch eine Welt ohne Bullshit-Jobs vor – David Graeber über Gewerkschaften, Automatisierung und die "Pflegeklasse"



Editorial

Chemnitz, eine 240 000-Einwohner*innen-Stadt, war für mehrere Tage in der Hand eines Nazi-Mobs. Wir müssen das als Zeichen sehen, uns auf mehreren Ebenen anzustrengen. Sowohl durch strategische Bündnisse mit gemässigteren Teilen der Gesellschaft und Jugendarbeit, aber auch Selbstschutz. Es gibt diesen fiesen Nazi-Sticker: "Liebe Antifa: Ohne Polizei wärt ihr alle tot". Vielleicht gibt es Situationen in denen das stimmt, aber wir können uns nicht auf den Staat verlassen, da der Deutsche parlamentarische Kapitalismus erwiesenermassen nach rechts ziemlich offen ist.

Jan aus Nünberg (siehe GaiDao #88) wurde verurteilt, wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Leider war die Strafe der eifrigen Staatsanwaltschaft noch zu mild und sie ist in Berufung gegangen. Jan, wir wünschen dir und allen anderen viel Kraft!

Das Sommerloch ist vorbei! Die GaiDao ist mit 32 Seiten wieder merklich voller. Wir freuen uns, dass mit den Beiträgen über Psychatriekritik und dem Interview mit dem ABC Dresden gleich zwei Themenstränge weitergeführt werden, die in der letzten GaiDao angefangen wurden.

Dazu fällt mir ein, dass wir in unseren Kollektiven häufig Menschen mit psychosozialen Problemen haben. Manchmal ist zumindest mir nicht ganz klar, ob wir Anarchist*innen dafür anfälliger sind, weil uns die einfachen Erklärungsmuster für die Probleme der Welt fehlen, oder ob der Anarchismus einfach eher sensible/traumatisierte Menschen anzieht. Oder ist das alles Quark und alle "modernen" Menschen haben einen Knacks, reden aber nicht darüber und die Psychatrie wird als Unterdrückungsmechanismus verwendet? Auf jeden Fall ist unser Wohlbefinden ein wichtiges Thema, das wir nicht vergessen dürfen, weil viele Leute spätestens bei der nächsten Midlifecrisis dann doch lieber Yoga machen (nix gegen Yoga, ihr wisst was gemeint ist...), anstatt im Plenum auf eine bessere Welt hinzuarbeiten.

Wir freuen uns über Artikel für kommende Schwerpunktthemen:

- Repression und Antirepressionsarbeit
- Gesundheit: wie könnte eine alternative Gesundheitsversorgung organisiert sein?
- Konkrete Beispiele anarchistischer Praxis/Projekte

hamo von die GaiDao-Redaktion

Impressum:

Herausgeber*innen: [改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv

monatlich

V.i.S.d.P.: Gai Dao

Cai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg Eigenverlag

Druck und Verlag: Erscheinungsweise:

Kontakt: redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

改道

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarischkritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos oder Zeichnungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zuge-sandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

FdA/IFA



Kultur & Alltag



04 Prozessbericht zum ersten Urteil gegen Jan

> Das Urteil gegen Jan wurde verkündet, Staatsanwaltschaft legt Berufung ein

08 Jans Prozesserklärung vom 2. August 2018

30 Kurznachrichten

Weltweit



09 Proudhons Paris - Eine touristische Annäherung

Bewegung



13 Interview mit dem Anarchist Black Cross Dresden

Kultur & Alltag



18 Leistungsdruck im Manga "Alice Academy. Mode als ideologischer Stoff Erziehung zum Gehorsam im japanischen Comic "Alice Academy"

28



30 Die Circle-A #5 ist da!

Analyse & Diskussion



19 Stellt Euch eine Welt ohne Bullshit-Jobs vor David Graeber über Gewerkschaften, Automatisierung und die "Pflegeklasse"

24 "Bin ich für dich (k)ein Mensch?" – Solidarität für die Antipsychiatrie Bewegung!



31 FdA hautnah Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe- Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete "*innen" (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Prozessbericht zum ersten Urteil gegen Jan

Am 2. August 2018 fand der Prozess gegen Jan vor dem Amtsgericht Nürnberg statt. Für "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" im Rahmen der Abschiebeblockade vom 31. Mai 2017 wurde er zu 2.700 Euro Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte 6 Monate Haft ohne Bewährung gefordert und ist offensichtlich entschlossen, die Freiheitsstrafe trotz der mauen Beweislage doch noch durchzusetzen: Eine Woche später ging sie in Berufung gegen das Urteil. Es ist also wieder alles offen.

★ Von: Ausbruch Aufbruch Anarchie – Freiheit für Jan und alle anderen

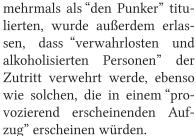
Zum 31. Mai 2017, als 300 Schüler*innen und andere Aktivist*innen versuchten, die Abschiebung eines Berufsschülers nach Afghanistan zu verhindern, gab es bisher schon vier Gerichtsverfahren. In jedem davon wurden die Angeklagten vom Gericht beispielsweise für Widerstand, gefährliche Körperverletzung, tätlichen Angriff und ähnlichen scharf klingenden Vorwürfen für "schuldig" befunden und erhielten hohe Strafen wie Geldzahlungen, Arbeitsstunden und bis zu 9 Monate Knast (ausgesetzt zur Bewährung auf 3 Jahre).

Nicht nur diese Urteile wiesen bereits auf den hohen Belastungs- und Verurteilungswillen hin, von dem wir auch bei Jans Prozess befürchteten, dass Gericht und Staatsanwaltschaft ihn verfolgen würden. Auch die Tatsache, dass der Richter Kuch Anfang des Jahres Nachermittlungen anordnete, stimmte darauf ein, dass sie Jan unbedingt dranbekommen wollten. Zurückgezogen wurde die Akte deshalb, weil dem Richter die Beweislage nicht ausreichte, um Straftaten in Jans Handeln zu erkennen. Was zunächst vielleicht gut klingt und darauf hoffen ließ, dass es dem Staat schwerfallen würde, etwas gegen Jan zu konstruieren, erwies sich im Prozess schlicht und einfach als Versuch, die Beweis-

lage gegen Jan noch so gut wie möglich zu verdichten, um die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung zu erhöhen. Offensichtlich auch mit Absprachen der Zeugen untereinander und Vorwürfen, die so abstrus waren, dass selbst die Staatsanwaltschaft sie zum Schluss fallen ließ, wie im Laufe dieses Berichts deutlich werden soll.

Eine andere Besonderheit waren die schikanösen Aufla-

gen, wie sie im Mai31-Zusammenhang erst einmal in ähnlicher Form angeordnet worden waren: Nämlich bei dem Prozess gegen Sercem im Oktober vergangenen Jahres. Wie damals standen nun für alle Unterstützer*innen und selbst die Verteidigung doppelte Einlasskontrollen an, inklusive Abtasten des Körpers, Kopieren der Personalausweise – sehr zur Freude des Staatsschutzes – und dem Verbot, Schreibmaterial mit in den Gerichtsaal zu nehmen. Beim Prozess gegen Jan, den die Bullenzeugen in ihren Aussagen



Breite Unterstützung & Solidarität

Vor Beginn der Gerichtsverhandlung organisierte das Nürnberger Antirepressions-Bündnis "Widerstand Mai 31 – Solidarität ist kein Verbrechen" eine Kundgebung, an der sich knapp 100 solidarische Menschen beteiligten. Trotz etwas wackeliger Technik wurden etliche Reden gehalten, die den krassen Verfolgungswillen durch Polizei und Staatsanwaltschaft

thematisierten, oder auch die Funktion von Knast und Strafe und die Notwendigkeit, diese zu überwinden. In den kleinen Gerichtssaal, in dem verhandelt wurde, drängten sich anschließend rund 40 kritische Prozessbeabachter*innen. Durch das hohe Interesse und die enormen Sicherheitsvorkehrungen hatte die Verhandlung schon lange begonnen, bevor die Zuschauer*innenbänke voll besetzt waren.



Gleich zu Beginn der Verhandlung verlas Jan seine Prozesserklärung, um vorweg die politischen Beweggründe zu schildern, die mensch aktiv werden lässt gegen Abschiebungen: Er thematisierte die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit von Machtverhältnissen, die Gewalt gegen Menschen zulassen und fördern. Egal ob es sich um Abschiebungen und deren Folgen handelt, um die Verschleppung anarchistischer Genoss*innen in Argentinien oder Polizeigewalt. Gesetze, die eine solche Logik festschreiben, sollten gebrochen werden!

Das Publikum applaudierte heftig, was den Richter verleitete, cholerisch mit der Räumung des Saales zu drohen. In seinen Augen missachte dies die Ordnung des Gerichtes und sei respektlos dem Angeklagten gegenüber. Nach kurzem Lachen aufseiten des Publikums begann die Vernehmung der Zeugen.

Über prügelnde Bullen und abgestimmte Zeugenaussagen

Alle vier geladenen Zeugen sind (männlich* gelesene) Polizisten, die am 31. Mai im Einsatz waren. Aufgrund der Nachermittlungen gingen wir bereits davon aus, dass sich die Zeugenaussagen nicht groß unterscheiden würden, sondern gut aufeinander abgestimmt wären. Jedoch gab es einen klaren Unterschied zwischen den Aussagen der Streifenbullen (Balin und Böhner) und denen der geschlossenen Einheiten (E-Zug Erlangen).

So waren die Aussagen der ersten beiden Streifenbeamten vor allem durch fehlende Erinnerungen und vage Beschreibungen ausgezeichnet. Sie schilderten hauptsächlich die "chaotischen Situation" vor Ort. Trotzdem wollte einer von ihnen irgendwie gesehen haben, wie Jan in Richtung Polizeikette geschlagen habe, konnte dabei jedoch nicht sagen, ob der vermeintliche Schlag jemanden getroffen hatte. Der zweite Zeuge Böhner war dem Publikum schon aus dem letzten Verfahren gegen einen anderen Aktivisten des 31. Mai bekannt. Bei jenem Verfahren wurde festgestellt, dass dem Angeklagten keine gewalttätigen Handlungen angelastet werden können, dem Cop aber sehr wohl. Böhner hatte mit seinem Schlagstock auf den Aktivisten eingeprügelt, wie damals auch das Gericht nicht leugnen konnte. In Jans Prozess bestätigte sich die Vorliebe Böhners zu Gewalt erneut: Mithilfe einer der vielen Videoaufnahmen, die das Geschehen des 31. Mai dokumentieren, sollten Beweise für Jans angebliche Straftaten gesichtet werden. Statt jedoch Gewalt zu zeigen, die von Jan ausging, ist ein Schlag mit dem Ellenbogen in Jans Gesicht zu sehen – ausgeführt von ebenjenem Böhner, der sich schon zuvor durch Schläge profiliert hatte. "Verpassen Sie dem Angeklagten da einen Ellbogen-Check?!" witzelte der Richter ziemlich unbeschwert bei diesem Anblick. Gegen Böhner wurden wegen dieser Vorfälle interne Ermittlungen geführt. Wie nicht anders zu erwarten, waren diese aber bereits eingestellt, bevor bei den Genoss*innen die Anklageschriften eintrudelten.

Während die ersten beiden Streifenbullen also eher unzusammenhängend erzählten und so gut wie keine Erinnerungen an die Abläufe des Tages mehr zu haben schienen, sagten die darauf folgenden Erlanger USKler Schwemmle und Koch sehr gezielt und belastend aus. Generell fiel auf, dass zunächst ziemlich hoch gepokert wurde, um Jan zu belasten: Zunächst behaupteten sie "gezielte Schläge mit der Faust in Richtung der Köpfe" von Beamt*innen gesehen zu haben. Je länger sie durch die beiden Verteidiger befragt wurden, desto mehr relativierten sie jedoch ihre eigenen Aussagen und sprachen schließlich nur noch von einem "Umherfuchteln" Jans mit seinen Armen. Ebenso verhielt es sich mit der Behauptung, Jan habe "massiven Widerstand" geleistet; hieraus wurde die Feststellung, dass er wohl nur seine Arme ein wenig gedreht und gewunden habe.



Die Aussagen der beiden ähnelten sich erstaunlich stark. Während der erste USKler Schwemmle jedoch nach und nach zurückruderte und seine Aussagen unter dem Druck der Verteidigung so nicht aufrechterhalten konnte, wirkte Koch in seinem Vorgehen, Jan zu belasten, sehr stringent und routiniert. Er stützte die vorhergehenden Angaben vor allem darin, wo Schwemmles Aussagen Lücken gelassen hatten.

Dass sich Cops bei Gerichtsverfahren absprechen, ist natürlich nichts Neues. In diesem Fall aber spielten die Absprachen trotz ihrer Offensichtlichkeit im Urteil am Ende keine Rolle. So wurde im Verfahren durch die Verteidiger aufgedeckt, dass sich die USKler das Video bei der zweiten Zeugenerklärung infolge der Nachermittlungen gemeinsam angesehen hatten, um ihre "Erinnerungen aufzufrischen". Eigentlich verbietet die Strafprozessordnung eine gemeinsame Vorbereitung von Zeug*innen. Aber natürlich gelten die eigenen Regeln für den Staat nur dann, wenn sie ihm in den Kram passen. Jans Verteidigung stellte daher einen Antrag, dass diese Zeugenaussagen nicht in das Urteil einfließen dürften.

plädierte die Verteidigung auf Freispruch, während die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von 6 Monate ohne Bewährung forderte. Wohlgemerkt: Auch die Staatsanwaltschaft sah keine Hinweise auf tätlichen Angriff oder versuchte Körperverletzung. Der Vorwurf des Widerstandes reichte für diese Forderung.

Der Richter folgte der Staatsanwaltschaft in seinem Urteil nicht. Er legte eine Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen à 30 € fest. Der Staatsanwaltschaft passte dies nicht – sie legte Berufung ein. Noch ist leider nicht klar, ob sie den gesamten Prozess anfechten wollen oder nur ein höheres Strafmaß für den bereits "festgestellten" Widerstand erreichen wollen.



Anscheinend sah der Richter das anders. Die Verurteilung von Jan wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamt*innen stützte sich nämlich genau auf die vorausgegangenen Aussagen. Zwar sei auf den Videos keine Widerstandshandlung zu sehen, der Vorfall habe sich aber wohl ereignet, als zufällig keine Kamera in der Nähe war. Damit haben wir ein ziemlich klassisches Verfahren gegen einen linken Aktivisten, wie es gewiss keine Seltenheit sind: Keine der Videoaufnahmen liefert belastendes Material, sodass lediglich über abgesprochene Zeug*innenaussagen irgendeine Straftat verurteilt werden kann, und zufälligerweise fehlen diese Sekunden auf den Videoaufnahmen.

Staatsanwaltschaft legt Berufung ein

Aufgrund der mauen Beweislage versuchte die Verteidigung in einem Rechtsgespräch Richter und Staatsanwaltschaft von einem Freispruch bzw. einer Einstellung zu überzeugen. Die Staatsanwältin lehnte dies (nach Rücksprache mit ihrem Vorgesetzten) jedoch ab, da sie der Meinung waren, für solch schwere Vorwürfe müsse es doch mindestens eine Freiheitsstrafe geben. Dementsprechend

Jans Prozess war nun schon der dritte zum 31. Mai, nach welchem gegen das Urteil Berufung eingelegt wurde. Bei Jan und einem weiteren Aktivisten erfolgte diese durch die Staatsanwaltschaft, in einem Fall durch die Verteidigung (Hier war eine junge Frau* zu 8 Monaten auf 3 Jahre Bewährung verurteilt worden, die das erste Mal überhaupt polizeilich in Erscheinung getreten war, dafür aber per Öffentlichkeitsfahndung gesucht wurde).

Bemerkenswert ist hierbei vor allem, dass die Staatsanwaltschaft bei den beiden anderen Berufungen bereits hohe Strafen erreicht hatte. Zum Beispiel bei dem Aktivisten, dem letztlich nicht mehr vorgeworfen werden konnte, als sein Fahrrad

in der Nähe der Cops geschoben und dabei irgendwie etwas blockiert zu haben. Dass letzterem Aktivisten – übrigens am Ende auch "nur" wegen Widerstand – 8 Monate Freiheitsstrafe (auf 3 Jahre Bewährung) und eine vierstellige Geldstrafe aufgebrummt wurden und die Staatsanwalt trotz dieses scharfen Urteils in Berufung gegangen ist – deutlicher könnte sich der staatliche Verfolgungswillen wohl kaum zeigen.

Keine Abschiebungen und keine Knäste – egal wohin, egal für wen!

Nachdem der Staat bereits auf allen Ebenen Verleumdungen gegen die Antirassist*innen vom 31. Mai gefahren hat und die vormals noch einigermaßen solidarische Öffentlichkeit über ein Jahr nach den Vorfällen immer weiter abgeflaut ist, soll nun offensichtlich ausgelotet werden, wie weit sich die verschärfte Gesetzgebung und ein sich rasant nach rechts bewegendes gesellschaftliches Klima zur Verfolgung politischer Feind*innen nutzen lassen können. Und so reiht sich auch dieser Prozess und das Urteil gegen Jan in eine lange Reihe von Versuchen ein, den 31. Mai im

Nachhinein als eine von der linksautonomen Szene verursachte und kontrollierte, "blinde Randale" darzustellen, anals den breiten. auch und zivilgesellschaftlich getragenen Widerstand gegen eine menschenverachtende Asylpolitik, der an diesem Tag so viele Menschen berührt und erreicht hat. Doch dass sich noch mehr Menschen als die marginalisierte Linke an den rassistischen Zuständen in Bayern und Deutschland stören, das hat die regierende CSU ja auch unabhängig vom 31. Mai schon immer konsequent negiert. Erst am 14.8. ist von München aus wieder ein Abschiebeflug nach Afghanistan abgehoben, ungeachtet des Protestes hunderter Abschiebegegner*innen.

Mensch darf sich also spätestens jetzt darauf einstellen, weiter und noch heftiger gegen den tödlichen Rassismus hier zu kämpfen – ebenso wie gegen die schärfer werdende Repression gegen all jene, die sich dem entgegenstellen. Knast wird dabei als schärfstes Mittel eingesetzt, die Einhaltung der herrschenden Verhältnisse zu erzwingen: Durch Freiheitsstrafen (oder auch nur die Drohung damit) sollen Menschen davon abschreckt werden, aktiv zu sein. Denn dem System der Strafe kommt im bürgerlich-demokratischen Staat eine tragende Bedeutung zu: Mit seiner Hilfe werden die gegenwärtigen Machtverhältnisse legitimiert, geschützt und gestützt.

So kann leider auch in Jans Repressionsfall noch keine Entwarnung in puncto Knaststrafe gegeben werden – ganz davon abgesehen, dass selbst bei einer Beibehaltung dieses Urteils noch immer die Möglichkeit besteht, dass seine Bewährung widerrufen wird. Der Staat hat ihn längst als einen optimalen Schuldigen ausgemacht.

Die Nürnberger BILD-Zeitung hat dieses Spiel übrigens wunderbar mitgespielt, als sie am Tag nach dem Prozess unter einem großen Bild von Jan titelte: "Linker Chaot greift Polizisten bei Abschiebung an – und bleibt dennoch auf freiem Fuß". Ungeachtet des tatsächlichen Schuldspruchs (ohne dass wir dessen Wahrheitsanspruch oder die Urteile irgendeines Gerichts legitimieren wollten), war in dem Zeitungstext von "brutalem Zuschlagen nach Polizisten" zu lesen. Willkommen im postfaktischen Zeitalter!



Jans Prozesserklärung vom 2. August 2018

★ Von: Jan

Nicht die Ungerechtigkeit ist das Schlimmste, sondern dass sie hingenommen wird.

Wie mehrfach in vergangenen Prozessen zum Widerstand Mai 31 von Seiten der Justiz geäußert wurde, soll nicht das politische Engagement der angeklagten Aktivist*innen bestraft werden, sondern deren aktive Gesetzesübertretung.

Das ist eine Lüge, getragen durch Absprachen zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei. Denn wir alle haben an diesem Tag nichts anderes getan als uns aus Mitgefühl und Solidarität um den Wagen herumzustellen.

Um zu verhindern, dass Asif diesen Ort verlassen muss; den Ort, an dem er glaubte eine Perspektive zu haben und versucht hat sich etwas aufzubauen, nachdem er den Verhältnissen in Afghanistan entkam und einen beschwerlichen Weg hierher bestritt.

So wie Asif geht es vielen Menschen, die in ähnlichen Verhältnissen wie in Afghanistan aufwachsen. Diese Verhältnisse sind nicht gottgegeben, sondern es wird Armut in sogenannte Drittweltländer durch westliche Politik exportiert.

Jetzt, wo die globalen Auswirkungen zu spüren sind, wie wir sie in den Menschen sehen, die in die Länder kommen, die Jahrhunderte von Ausbeutung und Unterdrückung profitiert haben, wird eine verachtenswerte Kampagne konsequent durchgezogen von Seiten der Politik.

Die Folgen unseres Handelns schlagen uns jetzt entgegen und die europäischen Nationalstaaten versuchen, auch im allgegenwärtigen Rechtsruck mit aller Härte zurück zu schlagen und nehmen dabei den unmittelbaren Tod tausender Menschen billigend in Kauf.

Es ist offensichtlich, dass Menschen nach besseren Bedingungen streben, statt permanent unter Hunger und Angst zu leiden, und dass sie sich dafür einen neuen Ort zu leben suchen.

Und dabei ist es auch egal, woher ein Mensch kommt, ob aus sogenannten "sicheren Herkunftsländern", Osteuropa oder Westafrika.

Denn Flucht bedeutet nie Spaß und kein Mensch ist illegal.

Wenn Menschen wegen ihrem Bestreben nach einer besseren Welt, wie zum Beispiel in Argentinien der Aktivist Santiago Maldonado, von der Regierung verschleppt und ermordet werden, macht mich das wütend und traurig. Wenn Menschen in Deutschland aufgrund ihrer Hautfarbe von Rassisten ermordet werden, wie zum Beispiel Oury

Jalloh, macht mich das wütend und traurig. Wenn Menschen abgeschoben werden und deshalb Selbstmord begehen, macht mich das wütend und traurig. Wenn Menschen, die sich zusammen gegen eine Abschiebung aussprechen, verprügelt und mit harten Anklagen konfrontiert werden, macht mich das wütend und traurig.

Es lässt mich aber auch hoffen, denn 300 Menschen an diesem Tag und noch viel mehr Menschen nach diesem Tag zeigten und zeigen sich weiterhin solidarisch mit Asif und den angeklagten Menschen, kämpfen gegen Abschiebungen, Unterdrückung und Repression.

An diesem Tag, der wohl ein Stück weit eingeht in die Nürnberger Menschenunrechtsgeschichte, standen wir um das Auto in der Gewissheit, dass Asif abgeschoben werden soll. Wir waren fest entschlossen, das nicht geschehen zu lassen und das, ohne jemanden zu Schaden kommen zu lassen. Jedoch konnten wir nicht damit rechnen, dass uns mit solcher Brutalität entgegengetreten würde in Form von scharfen Hunden, Pfefferspray und dem Einsatz der Knüppel.

UND dass diese Schläger*innen von Seiten des Staates mal wieder keine Konsequenzen zu fürchten brauchen, wir aber die komplette Härte des vermeintlichen Rechtsstaates zu spüren bekamen in Form von psychischer wie physischer Gewalt sowie schärfster Verurteilung.

Wenn das, was wir an diesem Tag getan haben, nämlich einen Freund vor der Abschiebung zu bewahren, Gesetze gebrochen haben soll, sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Ein solcher Umgang mit Menschen von Seiten der Obrigkeiten sollte für eine jede Person, die Mitgefühl empfindet, nicht hinnehmbar sein, denn wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zu Pflicht.

Somit bleibt mir zum Abschluss noch zu sagen:

Refugees welcome and bring your families.

Hoch die internationale Solidarität!

Weiterführende Informationen und Unterstützung

Unter ausbruchaufbruch.noblogs.org könnt ihr euch über den aktuellen Stand des Berufungsverfahrens informieren und über alles, was gerade zur Antirepressions-Kampagne geschieht. Schickt uns gerne Berichte von Aktionen, Solifotos, noch anstehende Termine etc. zu, damit sie auf der Website gesammelt werden!

Für alle Angeklagten nach dem 31.Mai 2017 hat das Nürnberg Antirepressionsbündnis "Widerstand Mai31 - Solidarität ist kein Verbrechen" ein zentrales Spendenkonto eingerichtet:

Empfänger*in: Rote Hilfe OG Nürnberg

GLS Bank

IBAN: DE85430609674007238359

BIC: GENODEM1GLS Kennwort: 31.Mai



Proudhons Paris – Eine touristische Annäherung*

🖈 Text von: Maurice Schuhmann, Fotos von: Yvonne Schwarz und Maurice Schuhmann

Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) ist im deutschsprachigen Raum – im Gegensatz zu seiner Rezeption Frankreich – mit einem sehr negativen Ruf behaftet,¹ obwohl er von Kropotkin als "Vater der Anarchie" tituliert wurde und mit seinen Überlegungen die wesentlichen Strömungen des Anarchismus maßgeblich beeinflusste. In Paris, wo der in Besançon geborene Sozialist einen Großteil seines Lebens verbrachte und auch die folgenschwere Begegnung mit Karl Marx im Jahr 1844 stattfand, erinnert noch manches an ihn. Es lohnt sich daher, in der Seine-Metropole auf Spurensuche zu gehen – trotz der Zerstörung des alten Paris von Baron Haussmann im Rahmen der Aufstandsvorbeugung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Die erste Adresse, die es sich lohnt aufzusuchen, ist die Rue Jacob (*Foto 1*). Am Haus Nr. 14 findet sich eine Gedenktafel für Richard Wagner, der hier zeitweilig wohnte. In seiner Autobiographie "Mein Leben" schreibt Wagner:

"Sogleich machten wir uns auf, um in Paris uns eine kleine Wohnung zu mieten, welche wir in der Nähe unsrer Freunde, in einem Hintergebäude des Hauses Nr. 14 der rue Jacob, fanden. Später erfuhr ich, dass kurze Zeit nach uns Proudhon dieselbe Wohnung innegehabt hat."



Foto 1: Gedenktafel für Wagner am Haus, wo später Proudhon wohnte.

^[1] Der folgende Beitrag ist ein Exzerpt aus einem geplanten Stadtführer für das anarchistische Paris.

^[1] Proudhon wird Frauenfeindschaft und Antisemitismus nachgesagt. Diese Vorwürfe beruhen leider häufig auf fehlender Kentnnis der Quellen und der Biographie Proudhons.





Foto 2: Gedenktafel am Haus, wo Proudhon verstarb.

Wagner war zumindest in jener Zeit noch ein Verfechter des Proudhon'schen Sozialismus – und kannte sein 1840 verfasstes Werk "Was ist das Eigentum?".

Eine andere Adresse Proudhons lautete Rue de Passy Nr. 12 (Foto 2). Hier erinnert noch eine Gedenktafel an ihn. "Am 15. Januar 1809 in Besançon geboren ist am 19. Januar 1865 in diesem Haus gestorben." heißt es lapidar. Es war seine letzte Adresse vor seinem Tod im Jahre. Hier verfasste er u.a. das unvollendet gebliebene Werk "Von der Befähigung arbeitender Menschen zur Politik".



Foto 3: Die Assemblée Nationale

Trotz des sprichwörtlichen Antiparlamentarismus des Anarchismus agierte der "Vater der Anarchie" zeitweilig in der zweiten Republik als Abgeordneter in der Assemblée Nationale (Rue de l'Université Nr. 126, Foto 3). Das 1728 erbaute Palais Bourbon wurde im Rahmen der französischen Revolution verstaatlicht diente seitdem als Sitz der Assemblée Nationale. Es ist möglich, das Gebäude auch zu besichtigen.

Proudhon wirkte nicht nur als Theoretiker, sondern versuchte seinen Sozialismus auch in die Tat umzusetzen. Aus diesem Grund gründete er die Volksbank, die Ähnlichkeiten zu den heutigen Mikrokredit-Ideen in der Entwicklungshilfe aufweist. Es sollte auch Kredit an Menschen ohne eigenen

oder mit nur geringem Eigenkapital bei niedrigen Zinsen vergeben werden. Sein Konzept beeinflusste zeitweilig u.a.



einen Sprössling der jüdischen-deutschen Bankiersfamilie Mendelssohn, was dessen Verwandtschaft weniger prickelnd fand. Ebenso wenig war die französische Oberschicht von jenem Konzept begeistert. Seine 1848 gegründete Volksbank wurde verboten – und er kam in das heute nicht mehr existierende Gefängnis Sainte Pélagie. Es befand sich in der Rue du Puits-de-l'Ermite Nr. 14 und wurde 1899 abgerissen. Ein anderes Gefängnis, das Proudhon kennenlernte, war die heute als Museum dienende Conciergerie (Boulevard du Palais Nr. 2), in der u.a. die französische Königin Marie Antoinette ihre letzten Tage vor ihrer Hinrichtung verbrachte. Hier lohnt sich eine Besichtigung, auch wenn auf keiner Tafel an Proudhon erinnert wird.

Die Volksbank Proudhons befand sich in der Faubourg Saint-Denis Nr. 25, wo nichts mehr an ihn erinnert. Ein deutscher Kritiker jenes Konzepts schrieb in der zeitweilig von Karl Marx redigierten "Neuen Rheinischen Zeitung" darüber:

"Als Proudhon, vor seiner Wahl zum Repräsentanten, mit seiner Tauschbank auftrat und einen Produkten-Austausch zu Wege bringen wollte, ohne Vermittlung des Geldes, und alle Produzenten aufforderte, bei ihm einzukehren in der Rue Jean Jacques Rousseau [damalige Wohnadresse von Proudhon], um die Welt des friedlichen Verkehrs, eine Welt ohne Geld zu errichten, da wurde auf einmal der friedliche Verkehr durch Barrikaden gehemmt."

Kurz nach jenem Gefängnisaufenthalt in Saint Pélagie erschienen auch seine "Bekenntnisse eines Revolutionärs", die er u.a. im Gefängnis verfasste und in denen er sich über das Scheitern der 1848er Revolution in Frankreich äußert.

Das Grab von Proudhon – ein Familiengrab – findet sich auf dem Friedhof Montparnasse (Boulevard Edgar Quinet Nr. 3, Foto 4). Es ist ein Prominentenfriedhof, auf dem sich neben ihm noch die sterblichen Überreste der Existenzialist*innen Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, des Dichters Charles Baudelaire und der Literaturtheoretikerin Susanne Sontag finden. Die Lage von Proudhons Grab ist auf dem offiziellen Friedhofsplan verzeichnet. Es ist neben Montmartre und Père Lachaise der dritte, große Prominentenfriedhof in Paris.

Die Schüler*innen Proudhons bildeten einen Flügel innerhalb der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA). Das Pariser Büro der IAA befand sich im Hinterhaus des Hauses Rue des Gravilliers Nr. 44 und ist längst einem Neubau gewichenen.



Foto 4: Grab von Proudhon auf dem Prominentenfriedhof Montparnasse



Foto 5: Portrait Pierre-Joseph Proudhons



Foto 6: Rue Proudhon in Saint-Denis

Ebenfalls einen großen Einfluss hatte sein Denken auf die Aufständischen der Pariser Commune. Das Gedenken an jene Erhebung ist in Paris noch sehr wach, wenn auch politisch vereinnahmt – sowohl von den Kommunist*innen als auch von den Demokrat*innen. Im Rahmen der Darstellung der Pariser Commune fällt auch ab und an der Name Proudhons.²

Die Freundschaft Proudhons mit dem Maler Gustave Courbet hat dazu geführt, dass sich noch ein Porträt Proudhons (*Foto 5*) – und eines seiner Frau – im renommierten Musée d'Orsay (Rue de la Légion d'Honneur Nr. 1), dem neben dem Louvre wohl bekanntesten Museums von Paris befindet.

Es ist aber nicht das einzige Museum, welches Proudhon würdigt. Im Musée des lettres et manuscrits (Boulevard Saint-Germain Nr. 222) sind mehrere Autographen Proudhons in der ständigen Ausstellung zu finden (*Foto 7*).

Eine Rue Proudhon (*Foto 6*) hingegen sucht man in Paris selber vergeblich – so etwas gibt es aber im nördlich angrenzten Vororten Saint Denis, einer Banlieue, was durch die mehr oder weniger regelmäßigen Ausschreitungen eine traurige Berühmtheit genießt, sowie in Saint-Ouen.

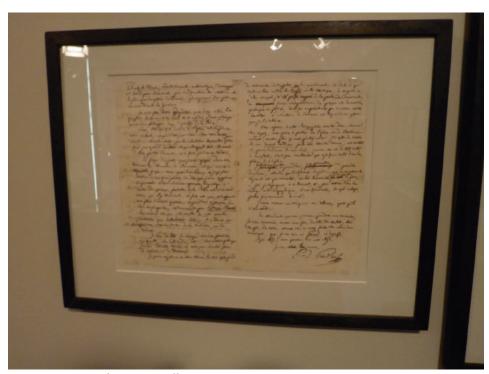


Foto 7: Autograph von Proudhon

Interview mit dem Anarchist Black Cross Dresden

🖈 Interview von: madalton und hamo

Wie lange gibt es euch als Gruppe schon?

Hallo, uns gibt es als Anarchist Black Cross Dresden seit August 2014. Anarchist Black Cross (ABC) Gruppen gibt es allerdings schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Damals noch unter dem Namen Anarchist Red Cross, begannen diese wohl irgendwann zwischen 1905 und 1907 erstmals mit Antirepressionsarbeit.

Welche Tätigkeitsschwerpunkte deckt ihr ab?

Wir möchten antiautoritäre politische Gefangene und angeklagte Menschen unterstützen, hierzu gehört Unterstützung im Knastalltag und bei Gerichtsverhandlungen. In Zusammenarbeit mit anderen ABC Gruppen unterstützen wir dabei auch Menschen außerhalb von Dresden und außerhalb Deutschlands, da dann vor allem finanziell und durch Öffentlichkeitsarbeit.

Ein weiterer wichtiger Punkt unserer Arbeit ist die Verbreitung politischer Debatten mit Bezug auf das Knastsystem unserer Law and Order Gesellschaft. Dazu gehören Vorträge, Diskussionen, Workshops oder Filmpräsentationen wie beispielsweise auch bei den libertären Tagen in Dresden, die bald wieder stattfinden werden.

Das Thema Solidarität ist uns ebenfalls sehr wichtig, bei Repression, aber auch im Alltag. Da zwar das Wort immer sehr hochgehalten wird in politischen Zusammenhängen, aber dann oft die direkte Solidarität fehlt.

Wir wollen also Menschen in den unerwünschten Folgen ihrer Kämpfe unterstützen, selbst den Kampf gegen das Knast- und Strafsystem führen und uns für eine solidarische Gemeinschaft stark machen.

Welche Kämpfe unterstützt ihr aktuell?

Wir unterstützen momentan finanziell und durch Öffentlichkeitsarbeit verschiedene laufende Fälle, wie zum Beispiel Röszke, G20, Russland etc. Gerade gibt es keinen lokalen Fall, dem wir uns über einen längeren Zeitraum widmen. Deshalb legen wir zur Zeit den Fokus darauf, in Dresden und anderen Städten präsent zu sein und Menschen über Workshops und Vorträge zum Thema Knast und Solidarität zu erreichen.

Unterstützt ihr nur erklärte Anarchist*innen? Wer kann zu euch kommen?

Als Anarchist*innen gilt unsere Solidarität allen Menschen, die Unterstützung im Kampf gegen staatliche Un-

terdrückung und Repression brauchen. Allerdings haben wir begrenzte Ressourcen, welche wir dann oft gezielt für Menschen einsetzen wollen, die für eine antiautoritäre Welt kämpfen. Wir unterstützen also nicht nur erklärte Anarchist*innen. Die einzelnen ABC-Gruppen entscheiden, welche Menschen sie unterstützen. Uns geht es nicht unbedingt nur um die politische Sichtweise, sondern um die Ursache der jeweiligen Repression. Aber das ist am Ende immer eine Einzelfallentscheidung.

Die Rote Hilfe als strömungsübergreifende linke Solidaritätsorganisation deckt wichtige Felder der Anti-Repressionsarbeit ab (wie Vermittlung von Rechtsberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Deckung von Repressionskosten) und ist (zumindest in der BRD) fast flächendeckend regional präsent. Warum habt ihr euch zu einer eigenständigen Organisierung im Rahmen des ABC-Netzwerks entschlossen? Wart ihr schon vorher in der Anti-Repressionsarbeit aktiv?

Das stimmt. Für Anarchist*innen ist jedoch der Aspekt, dass die Rote Hilfe (RH) in einer hierarchischen zentralistischen Struktur organisiert ist, die dann dem Individuum mit seinen Problemen helfen soll, zumindest diskussionswürdig.

Hinzu kommen politische Differenzen zwischen ABC-Gruppen und der RH schon in der Geschichte beider Gruppen. Als ABC-Gruppen finden wir vor allem die Unterstützung autoritärer kommunistischer Strömungen ablehnenswert.

Vor allem die Positionen der RH zu den in den letzten Jahren geführten Debatten zur Unterstützung sogenannter Antifaschist*innen in der Ukraine oder das Verhältnis der RH zur ehemaligen DDR, deren Funktionär*innen und Repressionsorganen ist für uns völlig inakzeptabel. Insbesondere für unsere Freund*innen aus den ehemaligen Ostblockländern sind das Handeln und die inhaltlichen Positionen der RH absolut unverständlich.

Ein weiterer Grund für eine eigene anarchistische Struktur liegt in den Rahmenbedingungen der RH. Menschen, die keine politischen Absichten angeben, werden nicht unterstützt. Menschen, die einen klar politischen Prozess führen wollen, haben es manchmal schwer. Die Laienverteidigung wird beispielsweise prinzipiell nicht unterstützt. Dieses Mittel nutzen einige Aktivist*innen allerdings gerne, um die Lächerlichkeit und Irrationalität mancher Gerichtspro-

zesse offenzulegen, während der Einsatz von Rechtsanwält*innen zwar oft die Strafe verringern kann, jedoch zu einem ruhigen und sauberen Prozess beiträgt. Das ist nur ein Beispiel einer Aktionsform, die wir im Einzelfall betrachten und diskutieren würden, bevor wir sie grundsätzlich ablehnen.



Wir möchten Menschen die Möglichkeit geben, auch andere Gruppen um Unterstützung anzusprechen zu können. Für uns ist es wichtig eigene anarchistische Strukturen zu etablieren und Alternativen zu Leben.

Wir verstehen uns nicht nur als Antirepressionsgruppe. Unsere Kritik ist grundlegender, wir kritisieren das Strafund Knastsystem als strukturelles gesellschaftliches Problem, das alle Menschen betrifft.

Die Menschen in unserer Gruppe haben unterschiedliche Geschichten, Beweggründe und eigene Betroffenheit. Dadurch haben sich manche vorher schon viel mit dem Thema Knast und Repression beschäftigt in Kampagnen oder anderen Gruppen, manche noch nicht. Es ist für uns auch ein ständiger Lern- und Diskussionsprozess, den wir in un-

seren Veranstaltungen mit offenen Diskussionen auch für uns selber weiter entwickeln.

*Arbeitet ihr mit der Roten Hilfe zusammen?*Wir arbeiten nicht mit Rote Hilfe-Gruppen zusammen.

Woher kommt der aktuelle Schub, dass in der letzten Zeit wieder mehrere neue ABC-Gruppen in der BRD entstanden sind?

Das Thema staatliche Repression und Knast war in den letzten 25 Jahren wenig präsent innerhalb der Linken - von einer Anti-Knast-Bewegung kann kaum die Rede sein. Spätestens mit G20 war die eigene Betroffenheit plötzlich wieder sehr spürbar. Dabei gab es in den letzten Jahren bereits ziemlich viele Menschen im Knast, wie zum Beispiel im Kontext des Hambacher Forstes, was die Gründung des ABC-Rhineland zur Folge hatte. Es ist schwer, eine generelle Aussage zur Gründung der Gruppen zu treffen, da die Situation in den einzelnen Städten unterschiedlich ist. Vermutlich ist ein Aspekt, dass Menschen in Solikampangen oder Repressionsfällen ihre Positionen nicht in den bestehenden Antirepressionsstrukturen wiederfinden und beschließen selbst aktiv zu werden. Die Tendenz geht wieder mehr dahin einen Angriff auf eine von uns als einen Angriff auf uns alle wahrzunehmen. Das Thema Knast bekommt dadurch wieder mehr Öffentlichkeit und ABC-Gruppen haben einen ganz klaren Antiknast-Schwerpunkt in ihrer Arbeit.

Außerdem gibt es ein Bedürfnis, sich von den reformistischen Knastdebatten innerhalb der Gesellschaft abzugrenzen und eigene Alternativen zu Knast und Strafe zu entwickeln. Und nicht zuletzt sich solidarisch gegen Abschiebeknäste zu positionieren.

Deswegen finden wir diese Entwicklung toll und uns ist es wichtig, Menschen zu ermutigen dezentralisierte Antirepressionsstrukturen aufzubauen und eine Alternative zur zentralisierten RH zu schaffen und Antiknastarbeit voranzutreiben. Deshalb geben wir auch Workshops darüber, wie ihr eine ABC-Gruppe gründen könnt. Außerdem ist gerade eine "How to ABC"-Broschüre entstanden, in der alle wichtigen Fragen diskutiert werden, welche die Gründung einer Gruppe und der Unterstützungsarbeit betreffen. (Die findet ihr auf unserer Seite.)

Aktuell nehmen wir in der BRD seit einiger Zeit sich immer weiter verstärkende Repressionsmaßnahmen wahr: In Form von neuen Gesetzen oder Gesetzesverschärfungen, des gesellschaftlichen Klimas, Kriminalisierung von Widerstand und abweichenden Lebensentwürfen. Wie schätzt ihr diese Entwicklung ein? Und wo seht ihr konkrete Angriffspunkte um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen?

Tatsächlich fällt mir gerade kein Land ein, in dem ein

Trend hin zu stärkerer Repression gegen politische Aktivist*innen nicht zu beobachten wäre. Die Gründe hierfür sind sicher sehr komplex und der Versuch in einigen Worten diese zu erfassen wird mit Sicherheit scheitern oder zumindest stark verkürzt ausfallen, aber versuchen wir es.

Ein nicht unwesentlicher Faktor ist vermutlich die Organisation eines Staates, der sich das alleinige Recht vorbehält, das gesellschaftliche Leben durch Gesetze zu strukturieren. Menschen, die das von staatlicher Seite vordefinierte Recht "brechen", müssen in der Logik bestraft werden. Zu lange haben Menschen sich an dieser simplen Vorstellung von Gerechtigkeit festgehalten und verinnerlicht, dass die einzige Form einer gerechten Gesellschaft auf Strafe und Verfolgung beruht.

halb der Gesellschaft auszubrechen, wird das als Verletzung der Ordnung, als Ungerechtigkeit empfunden und als bestrafenswert beurteilt.

Die zunehmenden Spannungen innerhalb der Gesellschaft führen von Seiten des Staates, der sein hierarchisches System gerne stabilisieren möchte, letztlich zu stärkerer Repression.

Das wäre ganz kurz eine Überlegung wieso die Repression innerhalb der letzten Jahre zunimmt.

Und wo seht ihr konkrete Angriffspunkte um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen?

Angriffspunkte dagegen sind eine gemeinschaftliche Organisierung mit einer Vielfalt an Strategien. Im politischen Feld scheint es uns wichtig Kämpfe zu verbinden, da Re-



Nun leben wir in einer Zeit, in der mehr und mehr alte Erklärungsmuster als zu einfach erscheinen. Die Gesetze, die auf uns angewendet werden, wurden nicht von uns ausgehandelt. Nehmen wir zum Beispiel den Klimawandel, der jetzt momentan unser Leben akut beeinflusst und verändert. Der Klimawandel ist mit einfachen Folgeketten nicht zu erklären. Der Versuch einer Erklärung erfordert es, fundamental unsere Verwertungslogik und Ausbeutung an der Umwelt zu hinterfragen. Diese Ausbeutung wird uns jedoch von Tag zu Tag als der richtige und einzige Weg vermittelt. Alternative Lebenskonzepte wie in der ZAD oder im Hambi werden mit aller staatlichen Härte bestraft. Am Beispiel dieser Kämpfe wird daher auch deutlich, wie weit die Rechtslogik des Staates von einem für uns erstrebenswertem Recht auf gutes Leben entfernt ist.

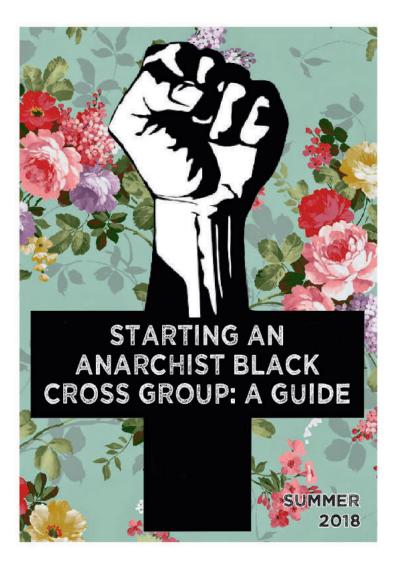
Das System, in dem wir leben, also ein kapitalistischer Rechtsstaat innerhalb einer neoliberalen Marktlogik, führt nun zu einer zunehmenden Konzentration von finanziellem und sozialem Kapital bei einzelnen Institutionen und Personen, begleitet von einem stetigen Abbau des Sozialstaates, sofern dieser vorhanden war. Soziale Isolation, Verarmung und Entfremdung führen zu sozialen Spannungen. Versuchen Menschen nun von ihrer Position inner-

pression in allen Themenspektren auftritt. Eine Solidarisierung über die einzelnen politischen Themenfelder hinaus zeigt die Willkür und verhindert eine Isolation Einzelner. Da fällt uns das Thema Abschiebeknast auf, wo ein ganzer Teil unserer Gesellschaft struktureller Repression unterworfen ist.

In diesem Sinne erscheint es uns auch sinnvoll, Kämpfe niedrigschwellig und breit aufgestellt zu organisieren. Am Beispiel von den diversen Polizeigesetzen zeigt sich gerade, dass wieder verstärkt breite Kampagnen entstehen, die grundsätzlich erstmal weniger angreifbar sind und einen Blick aus der eigenen Blase heraus ermöglichen und mehr Menschen erreichen.

Generell erscheint es uns wichtig die Selbstorganisierung kleinerer Zellen, zum Beispiel einer Hausgemeinschaft oder Nachbarschaft, voranzutreiben und damit ein Problembewusstsein und Handlungsoptionen für mehr Menschen zu schaffen. Daraus können zum Beispiel Gemeinschaften entstehen, die durch Empathie und gegenseitiges Vertrauen soziale Konflikte auch ohne Polizei lösen. Eine Zwangsräumung lässt sich auch viel leichter verhindern, wenn sich die Hausgemeinschaft persönlich kennt. Und eine Kriminalisierung Einzelner ist dann nicht so leicht.

Ein weiterer Angriffspunkt ist die sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe weiter in den öffentlichen Fokus zu rücken. Immer mehr Menschen sitzen Haftstrafen ab, da sie Geldbußen nicht bezahlen können, die ihnen aufgedrückt werden, weil sie öffentlichen Nahverkehr oder Nahrungsmittel nicht bezahlen können. Hier handelt es sich also



ganz klar um eine Kriminalisierung von Armut. Tatsächlich sitzt ein großer Teil der Menschen aus diesem Grund im Knast, was nicht dem Bild des kriminellen Gewalttäters entspricht, welches der Staat gern zur Legitimierung von Haft und Strafe nutzt. Da bedarf es Strategien für Solidarität in Alltag. Wir denken, dass es wichtig ist eine Verknüpfung von sozialer Frage und Repression sichtbar zu machen, was beispielsweise in Zwangsräumungsbündnissen geschieht.

Zum Ziel einer Gesellschaft ohne Knäste: Wie kann eine solche Gesellschaft aussehen? Und welche Möglichkeiten gibt es Konflikte und destruktives Verhalten ohne (staatliche) Repression zu bewältigen? Schauen wir uns die Gesetzesbücher der BRD an, dann stellen wir fest, dass die meisten Gesetze sich mit dem Schutz des Staates bzw. staatlicher Interessen oder dem Schutz des Eigentums befassen. Gewalt gegen Menschen füllt nur circa ein Viertel der Gesetze.

Kommen Menschen wegen materieller Probleme in den Knast, sollte eine Gesellschaft sich lieber fragen, wieso diese materiellen Probleme bestehen und ob sie nicht auf einem anderen Weg zu lösen sind. In einer Gesellschaft ohne Eigentum müsste auch kein Mensch aufgrund einer durch Armut angetrieben Handlung in den Knast.

Das eine globale Gesellschaft ohne Eigentum mit dem mitteleuropäischen Lebensstandard unmöglich umzusetzen ist, sollte allen verständlich sein. Die Konsequenzen für unsere Gesellschaft und uns als Individuen liegen auf der Hand: sinnvoller Verzicht, der Kampf gegen den blinden Konsum und gegen die Ausbeutung von Lebewesen und natürlichen Ressourcen.

Nehmen wir also an, wir befinden uns auf dem Weg in eine Gesellschaft ohne Eigentum, in unseren Communities versuchen wir unsere finanziellen Mittel und unsere Arbeit zu teilen, sodass innerhalb der Gesellschaft Eigentumsstreitigkeiten kein Problem darstellen. Es bleibt dennoch das Problem der gewaltförmigen Sozialisation. Gewaltförmige Sozialisation bedeutet, dass Menschen durch Umgangsformen erzogen werden oder in Umgangsformen aufwachsen, die durch Druck und Zwang oder durch die Angst benachteiligt zu werden funktionieren. Dadurch lernen Menschen, dass durch gewaltförmige Verhaltensweisen, also dominantes Auftreten und Sprechen, Drohen, unnachgiebiges Verhalten und im schlimmsten Fall durch Anwendung von Gewalt Probleme gelöst werden können.

Aber wie ist das nun ohne staatliche, also ohne zentralisierte Gewalt zu lösen? Wir sind mit Strafe sozialisiert und deshalb fällt es nicht leicht außerhalb davon zu denken. Allerdings entmündigen wir uns, wenn wir die Problemlösung an den Staat abgeben. Deshalb ist der erste Schritt zu verstehen, dass es hier um eine Selbstermächtigung geht. Oftmals sind wir heute nicht mal mehr in der Lage die

kleinsten Konflikte mit Menschen in unserem direkten Umfeld auszuhandeln. Eine der größten Hürden ist es wohl, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen und die Fähigkeit zu erlernen Konflikte im Interesse Aller aufzulösen.

Wir alle können es lernen die Grenzen und Bedürfnisse der Personen um uns herum zu respektieren und eigene Grenzen zu formulieren. Dafür braucht es kein striktes Regelwerk, sondern einen freien Zusammenschluss zwischen Menschen, die konkrete Probleme anhand ihrer Bedürfnisse durch möglichst gute Absprachen lösen. Grundlage dafür ist, dass die Menschen sich selbstbestimmt und aktiv in der Gestaltung all ihrer Lebensbereiche beteiligen.



Es braucht also verschiedene Schritte: Hierarchien und Ausbeutung abschaffen, Möglichkeiten der direkte Kommunikation und Verantwortungsübernahme lernen und Strukturen aufbauen, die mit Gewalt umgehen.

Beschäftigt ihr euch auch mit alternativen Konzepten zu Knast und Strafe?

Also für uns ist ein wichtiger Punkt unserer Arbeit nicht nur gegen die Repression und Ungerechtigkeit des bestehenden Systems anzugehen, sondern mit den Menschen auch über alternative Konzepte zu reden. Wir alle haben ein Ungerechtigkeitsempfinden und persönliche Grenzen, die wir nicht überschritten wissen wollen. Viel zu oft denken Menschen, dass unser Rechtsstaat der einzige Weg ist um das Miteinander von Menschen zu regeln.

Wir wollen gemeinsam alternative Konzepte diskutieren, weiterentwickeln und auch ausprobieren.

Gewaltvolles Verhalten und Grenzüberschreitung wird es auch in einer utopistischen Gesellschaft noch geben, damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Das kann beispielsweise durch Community-Accountability-Gruppen innerhalb unserer Gemeinschaften umgesetzt werden. Das Konzept der Community Accountability gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme kommt aus den Black Communities in den USA. Aufgrund der rassistischen Gewalt, der sich die Black Communities gegenübersahen, mussten eigene Wege gefunden werden, um soziale Probleme innerhalb der Gemeinschaft zu lösen, ohne die Institution Polizei, Gerichte etc. Zentrales Moment dabei ist, die Unterstützung der von der Gewalt be-Menschen durch troffenen eine eigene Unterstützer*innengruppe. Das ist ja sonst im staatlichen System nicht vorgesehen. Da ist "Gerechtigkeit" ja nach der Verurteilung hergestellt. Der zweite wichtige Aspekt ist, dass Menschen, die Leid verursachen, nicht aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden, sondern nach den Gründen für ihr Handeln gesucht wird und Wege gefunden werden, wie dieses Handeln in Zukunft verhindert werden kann. So kann es tatsächlich zu einer Auseinandersetzung mit der Gewalt kommen, nicht nur bei den akut betroffenen Personen, sondern auch in dem Umfeld, das diese Gewalt ermöglicht hat. Diesem Ansatz liegen verschiedene theoretische Konzepte zu Grunde, die aber den Rahmen dieses Interviews sprengen.

Wie kann mensch euch und eure Projekte oder Kampagnen unterstützen?

Am besten unterstützt ihr unsere Arbeit natürlich, wenn ihr bei euch Zuhause euer lokales ABC unterstützt oder liebe Menschen findet und mit ihnen zusammen eine eigene ABC-Gruppe gründet. Wenn das nicht möglich ist, schaut einfach immer mal auf den Blog eines ABC in eurer Nähe nach. Wenn ihr einen Fall unterstützenswert findet, spendet Geld und teilt die Information - https://abcdd.org/spende/

Ansonsten, Kopf hoch! Eine neue Gesellschaft baut sich nicht von selber. Versucht Community-Accountability-Konzepte umzusetzen, unterstützt euch solidarisch bei emotionalen und materiellen Problemen, tragt anarchistische Konzepte weiter und lebt sie vor!

Falls ihr dabei Hilfe braucht, meldet euch bei uns!

Kontakt ABC Dresden

Mail: abcdd@riseup.net

Website: abcdd.org







Leistungsdruck im Manga "Alice Academy". Mode als ideologischer Stoff

Kunst hat die Fähigkeit die Weltordnung in einem Mikrokosmos abzubilden. Im japanischen Comic "Alice Academy" wird Gehorsamkeit in der Schule durch Sternränge gefördert, die ihre Ähnlichkeit zur französischen Militärschule des 18. Jahrhunderts nicht kaschieren können.

★ Von: Alina

Durch die Sternränge werden das Verhalten und das Talent jedes Schulkindes vom Lehrpersonal bewertet und mit Sternanstecknadeln belohnt, die am Kragen der Schuluniform für alle sichtbar befestigt werden.1 Die Hierarchie baut von null bis drei Sterne auf, wobei ein Spezialstern den höchsten Rang darstellt. Mit jeder Rangerhebung erfolgen Privilegien bei der Unterkunft und der Nahrung. Als witzige Übertreibung wird die Beschwerde der jungen Protagonistin Mikan abgetan, die aufgrund ihres Null-Sterne-Rangs ein zu kleines Abendessen erhält, um davon satt zu werden.2 Hungrig versucht das Kind im Null-Sterne Dachbodenzimmer einzuschlafen.

Spätestens hier ergibt sich die Frage, wieso der Sternrang diese Vernachlässigung eines Kindes rechtfertigt. Dabei lässt sich ein auffälliger Zusammenhang mit den Ehren- und Schandklassen der französischen Militärschule des 18. Jahrhunderts erkennen. Der Spezialsternrang gleicht der Sehr-Guten Klasse der Militärschule, die ein silbernes Schulterstück tragen durfte. In beiden Schulen wird der soziale Rang durch ein Attribut zur Uniform markiert. Der Dreisternerang entspricht der Guten-Klasse mit rot-silbernem Schulterstück. Zweisternerang wird von der Mittelmäßigen-Klasse mit rotem Leinen als Schulterstück gebildet. Der Einsternrang gleicht der Schlechten-Klasse, die





braunes Leinen als Schulterstück erhält. Der Nullsternrang ähnelt der temporär eingeführten Schandklasse, die braune Wolle tragen musste.3 Beide Schulen belohnen gehorsames Verhalten mit bestimmten Privilegien und der öffentlichen Darstellung des erreichten Ranges durch Uniformaccessoires. Während in Alice Academy das Lehrpersonal den Rang zuweist, waren in der Militärschule Professoren und Offiziere dafür zuständig.4 Genauso wird die Einhaltung der Regeln für die Schuluniform in japanischen Schulen vom Lehrpersonal überwacht und instruiert.5 Der Konformitätsdruck kann zwischen Europa und Japan sicher nicht gleichgesetzt werden, die Kulturen sind aber in verschiedenen Ausmaßen davon geprägt.

Mitunter durch Belohnungen und Bestrafungen zeigt die Schule ihre ideologische Funktion, um gehorsames und konformes Verhalten und Denken hervorzubringen.6 Am Beispiel der Schuluniformen in Japan erfolgt besonders nachvollziehbar. Die japanische Schuluniform wurde erstmals 1879 als Kimono eingeführt. Durch den Russisch-Japanischen Krieg von 1904 bis 1905 entwickelte Japan ein Interesse für Matrosenuniformen, die sich in den 1950ern als Standarduniform großteils etablierten.7 In den 70ern änderte sich durch den Einfluss der briti-Royal Navy

^[1] Higuchi, Tachibana: "Alice Academy. Band 2". Hamburg: Carlsen Verlag 2007, S. 33, 36.

^[2] Vgl. ebenda, S. 56.

^[3] Foucault, Michel: "Überwachen und Strafen". Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1994, S. 234f.

^[4] Vgl. ebenda, S. 234.

^[5] McVeigh, Brian J.: "Wearing Ideology. State, Schooling and Self-Presentation in Japan". Oxford: Berg 2000, S. 70.

^[6] Chomsky, Noam: "Eine Anatomie der Macht. Der Chomsky-Reader". Hamburg: Europa Verlag 2004, S. 294.

^[7] Vgl. McVeigh 2000: S. 47f.

Mädchenuniform zur typischen "sailor fuku" mit Plisseerock, Bluse, Matrosenkragen und Schleife. Die Jungenunipreußischen "gakuran" ist der form namens Armeeuniform nachgebildet mit dunkler Hose, weißem Hemd, Jacke mit Metallknöpfen und Stehkragen. Die japanischen Schuluniformen entstanden also durch die Vorbilder von Armee und Kriegsmarine.8 Das Tragen der Schuluniform erreicht verschiedene Zwecke, von denen Gehorsamkeit, Übersichtlichkeit durch Gleichheit und Informationsvermittlung (Sozialstatus, Geschlecht, Schule, etc.) die Offensichtlichsten sind. Innerhalb des Uniformsystems wird die Gleichheit aber durch die Beispiele von Schulterstücken oder Sternnadeln hierarchisiert. Der Vergleich der französischen Militärschule mit dem Schulsvstem in Alice Academy wirkt aufgrund dieses Hintergrunds sogar naheliegend. Abschließend drängt sich die Frage auf, ob ein Weltbild ausschließlich aus Disziplin, Gehorsamkeit und Leistungsdruck in der Jugendliteratur und Comickunst

den Verstand von Kindern und Jugendlichen prägen soll. Unabhängig davon, aus welcher Kultur oder Sprache dieser Manga stammt, erreicht seine Übersetzung in Europa ein tendenziell junges Zielpublikum, das die in der Comicerzählung versteckte Ideologie erst zu hinterfragen lernen muss. Dabei kann der europäische Leistungsdruck in der Gesellschaft nicht einfach mit dem japanischen gleichgesetzt werden. In Bezug auf Comics für Jugendliche kann jedoch gezeigt werden, wie er als selbstverständlich inszeniert wird, ohne die Möglichkeit einer intrinsisch motivierten Arbeit zu berücksichtigen, was wahrscheinlich an dem im Manga präsentierten Schulsystem insgesamt liegt. Soll durch die darin eingesetzte Ideologie das junge Lesepublikum zu selbstständigem Denken, Kreativität und un-Problemlösungsfähigkeiten gewöhnlichen inspiriert werden oder zur sternnadelförmigen Konformität im Denken und Handeln?

[8] Vgl. HTML: https://www.japanwelt.de/blog/schuluniformen-in-japan/ [Zugriff: 22.9.2017].

Stellt Euch eine Welt ohne Bullshit-Jobs vor*

In diesem Interview zu seinem neuesten Buch diskutiert David Graeber die Bedeutung von Gewerkschaften, die Herausforderungen der Automatisierung und die "Revolte der Pflegeklasse".

🖈 Interview von: Chris Brooks (RAOR Magazine) / Übersetzung: Vincent Heßelmann

Ist dein Job sinnlos? Hast Du das Gefühl, deine Stelle könnte gestrichen werden und alles würde problemlos weitergehen? Vielleicht, fragst du dich, wäre die Gesellschaft sogar ein wenig besser dran, wenn es deinen Job niemals gegeben hätte?

Wenn du diese Fragen mit "ja" beantwortest, tröste dich. Du bist nicht allein. Nahezu die Hälfte der Arbeit, die die arbeitende Bevölkerung jeden Tag erledigt, könnte als sinnlos angesehen werden, meint David Graeber, Professor für Anthropologie an der London School of Economics, Autor des Buches *Bullshit Jobs: A Theory.*¹

Graeber zufolge haben die marktradikalen Maßnahmen, die das Leben und die Arbeit von so vielen Arbeiter*innen in den letzten Jahrzehnten schwerer gemacht haben, gleichzeitig mehr hochbezahlte Manager*innen, Telefonverkäufer*innen, Versicherungsangestellte, Anwält*innen und Lobbyist*innen hervorgebracht, die den ganzen Tag nichts Nützliches machen. Der Arbeitsjournalist Chris Brooks hat David Graeber interviewt, um herauszufinden,

wie so viele sinnlose Jobs geschaffen wurden und was das für Arbeitsaktivist*innen heißt.

Chris Brooks: Du unterscheidest in deinem Buch zwischen Bullshit-Jobs und Scheißjobs. Kannst ein wenig erläutern, was der Unterschied ist?

David Graeber: Naja, das ziemlich einfach: Scheißjobs sind einfach schlechte Jobs. Welche, die du niemals gerne haben würdest. Aufreibend, unterbezahlt und unbeachtet, Leute, die ohne Würde und Respekt behandelt werden... Der Punkt ist vor allem, dass Scheißjobs nicht Bullshit sind, also nicht sinnlos und unnütz, weil dabei meist etwas getan wird, was wirklich getan werden muss: Leute durch die Gegend fahren, Sachen bauen, sich um Menschen kümmern, hinter ihnen aufräumen...

Bullshit-Jobs sind meistens recht gut bezahlt, sind mit netten Begünstigungen verbunden, du wirst behandelt, als wärst du wichtig und würdest etwas machen, was tatsächlich notwendig ist – aber in Wirklichkeit ist das nicht so. Insofern sind das in der Regel Gegenteile. Ärzt*innen und Pilot*innen, aber im Großen und Ganzen stimmt die Annahme.

Wie viele dieser Bullshit-Jobs könnten deiner Meinung nach gestrichen werden? Und was wären die gesellschaftlichen Auswirkungen?

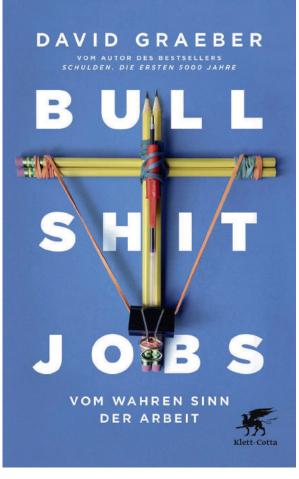
Nun, so ziemlich alle – das ist gewissermaßen der Punkt. Bullshit-Jobs sind solche Stellen, bei denen die Person, die sie ausfüllt, heimlich überzeugt ist, dass wenn der Job (oder manchmal die ganze Branche) verschwinden würde, das keinen Unterschied macht. Oder vielleicht, wie bei Telefonverkäufer*innnen, Lobbyist*innen oder vielen Großkanzleien, die Welt dann sogar besser wäre.

Und das ist noch nicht alles: denk an all die Menschen, die echte Arbeit zur Unterstützung der Bullshit-Jobs erledigen, die Bürogebäude putzen, Security oder Schädlingsbekämpfung machen, sich um die psychologischen und sozialen Schäden kümmern, die anderen Leuten zugefügt werden durch Menschen, die zu hart an gar nichts arbeiten. Ich bin si-

cher, wir könnten problemlos die Hälfte unserer Arbeit loswerden und das hätte sehr positive Auswirkungen auf alles Mögliche, von Kunst und Kultur bis zum Klimawandel.

Mich hat die Verbindung fasziniert, die du zwischen dem Aufkommen der Bullshit-Jobs und der Entkopplung von Arbeitsproduktivität und Lohn ziehst. Kannst du diesen Vorgang erklären und wie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ausgesehen hat?

Ehrlich gesagt bin ich nicht sicher, ob das wirklich so eine neue Idee ist. Mir ging es nicht so sehr um Produktivität im wirtschaftlichen Sinn als um sozialen Wert. Wenn jemand putzt, Kinder pflegt, kocht oder einen Bus fährt, dann weißt du genau, was sie tun und warum das wichtig ist. Das weißt du aber überhaupt nicht bei einem*einer Markenmanager*in oder Finanzberater*in. Es gab schon immer so etwas wie eine umgekehrte Proportionalität zwischen der Nützlichkeit einer bestimmten Form von Arbeit und der Vergütung. Es gibt ein paar Ausnahmen, etwa



Verändert hat sich also nicht das Muster, sondern der enorme Zuwachs an nutzlosen und relativ gutbezahlten Jobs. Wir bezeichnen das irreführend als Dienstleistungsökonomie, aber meisten wirklichen Dienstleistungsjobs sind nützlich und schlecht bezahlt - Kellner*innen, Friseur*in-Uber-Fahrer*innen, nen, und sowas - und deren Anzahl hat sich nicht wesentlich geändert. Wirklich angestiegen ist die Zahl an Jobs in Verwaltung und Management, deren Gesamtanteil an den Arbeiter*innen sich im letzten Jahrhundert verdreifacht hat. Und hier kommen die sinnlosen Jobs ins Spiel.

Kim Moody vertritt die Position, dass die steigende Produktivität bei geringen Löhnen nicht durch Automatisierung hervorgerufen wird, sondern mehr mit intensiveren Management-Techniken zu tun hat, wie etwa schlanke

oder Just-in-Time-Produktion und Überwachungstechnologie zur Kontrolle von Arbeiter*innen. Wenn das stimmt, scheinen wir in einem Teufelskreis festzustecken: Firmen schaffen zusätzliche Bullshit-Jobs, um Arbeiter*innen zu managen und zu überwachen, wodurch sie deren Jobs beschissener machen. Was denkst du dazu?

Also wenn wir über Amazon, UPS oder Walmart reden, ist das auf jeden Fall richtig. Man könnte argumentieren, dass die Überwachungsjobs nicht wirklich Bullshit sind, da sie etwas tun, wenn auch etwas wenig Erfreuliches. In der Industrie haben Roboter aber wirklich große Steigerungen der Produktivität bewirkt, sodass Belegschaften verkleinert werden – allerdings werden die Wenigen, die noch da sind, besser bezahlt als in anderen Sektoren.

Nichtsdestotrotz gibt es die Tendenz, nutzlose Ebenen von Manager*innen zwischen den Boss*innen und den Arbeiter*innen einzuziehen. Deren "Leitung" beschleunigt überhaupt nichts, sondern verlangsamt die Dinge nur. Das ist um so zutreffender, je weiter man in Richtung Care-Sektor geht, also Bildung, Erziehung, Gesundheit, Sozialwesen. Dort hat die Schaffung von bedeutungslosen Verwaltungsjobs und die damit einhergehende Bullshitisierung von wirklicher Arbeit, die Krankenpfleger*innen, Ärzt*innen, Lehrer*innen und Professor*innen dazu zwingt, endlos Formulare auszufüllen, zur massiven Senkung der Produktivität geführt. Ich sage "damit einhergehend", weil die Formulare zwar mit der Digitalisierung gerechtfertigt werden, aber in Wirklichkeit nur dafür da sind, nutzlosen Verwaltungsangestellten etwas zu tun zu geben.

Das zeigen auch die Statistiken: Die Produktivität in der Industrie schießt nach oben, zusammen mit den Gewinnen, während beispielsweise im Gesundheits- und Bildungswesen die Produktivität sinkt und Gewinne nur noch durch das Drücken der Löhne erzielt werden können. Das erklärt auch, warum in so vielen Ländern die Lehrer*innen, Krankenpfleger*innen und sogar Ärzt*innen und Professor*innen streiken.

Eine andere deiner Positionen ist, dass die Struktur moderner Unternehmen mehr mit dem Feudalismus gemein hat als mit dem Ideal des hypothetischen marktwirtschaftlichen Kapitalismus. Was meinst Du damit?

Naja, im College hat man mir beigebracht, dass es im Kapitalismus Kapitalist*innen gibt, die produktive Ressourcen besitzen, meinetwegen Fabriken, in denen sie Leute beschäftigen, um Zeug herzustellen und zu verkaufen. Also können sie ihren Arbeiter*innen nicht so viel bezahlen, dass sie keinen Gewinn mehr machen, aber müssen ihnen wenigstens so viel bezahlen, dass sie die Produkte der Fabrik kaufen können. Feudalismus ist demgegenüber, wenn du deine Gewinne einfach direkt einziehst, indem du Miete verlangst, Gebühren und Beiträge und Menschen so in Schuldsklaven verwandelst oder sie auf andere Weise ausraubst.

Nun, heutzutage kommt der ganz überwiegende Teil der Unternehmensgewinne nicht aus der Produktion und dem Verkauf von Sachen, sondern aus den "Finanzen". Das ist ein Euphemismus für Schulden – aus Mieten und Gebühren und Zinsen und sowas. Das ist Feudalismus im klassischen Wortsinn, "direkte juristisch-politische Extraktion", wie es manchmal genannt wird.

Das bedeutet auch, dass die Rolle der Regierung eine ganz andere ist: im klassischen Kapitalismus beschützt sie nur dein Eigentum und hält vielleicht die Arbeiter*innen unter Kontrolle, damit sie nicht zu schwierig werden. Im Finanzkapitalismus dagegen entziehst du deinen Gewinn über das Rechtssystem, daher sind die Regeln und Bestimmungen absolut entscheidend – im Grunde muss Dir die Regierung den Rücken freihalten, während du ihre Schulden abpresst.

Und das ist auch hilfreich bei der Erklärung, weshalb Marktradikale Unrecht haben mit ihrer Behauptung, es wäre unmöglich, dass der Kapitalismus Bullshit-Jobs hervorbringt.

Ja, genau. Witzigerweise werde ich hierin sowohl von Libertären als auch von Marxist*innen angegriffen. Der Grund dafür ist, dass beide noch von einer Vorstellung von Kapitalismus ausgehen, wie er vielleicht in den 1860er Jahren existiert hat – eine Menge kleiner Firmen konkurriert darin, Produkte herzustellen und zu verkaufen. Klar, das stimmt auch noch für besitzer*innengeführte Restaurants, da würde ich zustimmen, dass sie wahrscheinlich keine Leute einstellen werden, die sie nicht wirklich brauchen.

Wenn wir aber über große Unternehmen reden, die unsere Wirtschaft heute dominieren, so funktionieren sie nach einer völlig anderen Logik. Wenn also Gewinne durch Gebühren, Mieten und die Erzeugung von Schulden erzielt werden, wenn der Staat eng verbunden ist in der Schöpfung des Mehrwerts, nun, dann löst sich die Trennung zwischen wirtschaftlicher und politischer Sphäre immer weiter auf. Politische Loyalität für deine Abschöpfungsunternehmungen zu kaufen stellt selbst ein wirtschaftliches Gut dar.

Die Schaffung von Bullshit-Jobs hat auch politische Wurzeln. In deinem Buch erwähnst du ein besonders schlagendes Zitat von Barack Obama. Kannst du dieses Zitat erläutern und seine Bedeutung für die politische Unterstützung der Bullshit-Jobs?

Als ich aufgezeigt habe, dass ein Grund für das Fortbestehen von Bullshit-Jobs darin liegt, dass sie für eine Menge mächtige Menschen politisch bequem sind, wurde mir natürlich von vielen Seiten vorgeworfen, ich sei ein paranoider Verschwörungstheoretiker. Eigentlich dachte ich, was ich geschrieben habe war eher eine Anti-Verschwörungstheorie: Wieso setzen sich nicht mächtige Leute zusammen und versuchen, die Situation zu verbessern?

Das Zitat von Obama wirkte wie ein Geständnis in diesem Zusammenhang. Er hat in etwa gesagt: "Alle sagen, ein gesetzliches Krankenversicherungssystem wäre viel effizienter. Klar, vielleicht wäre es das, aber denkt an die Millionen von Menschen, die für diese ganzen konkurrierenden privaten Krankenkassen arbeiten, gerade wegen der ganzen Ineffizienz und Verschwendung. Was sollen wir mit diesen ganzen Leuten machen?" Er hat hier

also zugegeben, dass der freie Markt weniger effizient ist, zumindest im Gesundheitssektor, und dass er ihn genau deswegen vorzieht – er erhält Bullshit-Jobs.

Interessanterweise hört man nie, dass Politiker*innen so etwas über klassische Arbeiter*innenberufe sagen – dort geht es immer um das Gesetz des Marktes, das so viele Jobs wie möglich streicht oder ihre Löhne senkt. Wenn die

Arbeiter*innen dann darunter leiden, naja, dann ist da leider nichts zu machen. Obama schien sich zum Beispiel um die Automobilarbeiter*innen bei weitem weniger Sorgen zu machen, die gekündigt wurden oder große Lohnsenkungen hinnehmen mussten, nachdem die Branche Zuschüsse vom Staat bekommen hatte. Manche Jobs sind also wichtiger als andere.

Bei Obama ist der Grund ziemlich klar: Tom Frank hat letztens darauf hingewiesen, dass die Demokratische Partei in den 80ern die strategische Entscheidung getroffen hat, die Arbeiter*innenklasse weitgehend als Kernklientel fallen zu lassen und sich den Manager*innenberufen zuzuwenden. Das ist jetzt ihre Basis. Und das ist genau der Bereich, in dem es die meisten Bullshit-Jobs gibt.

Du betonst in deinem Buch, dass nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch Gewerkschaften institutionell in Bullshit-Jobs verwickelt sind. Kannst du diese Verwicklung der Gewerkschaften näher erklären und was sie für Gewerkschaftsaktivist*innen bedeutet?

Also den Gewerkschaften wird ja sowieso vorgeworfen die Einstellung übermäßig vieler Leute zu begünstigen, außerdem sammelt jede Bürokratie einen gewissen Teil von Bullshit-Jobs an. Was ich aber eigentlich gemeint habe ist die ständige Forderung nach "mehr Stellen" als Lösung für alle sozialen Probleme.

Das ist immer die eine Forderung, der sich niemand verwehren kann, weil du ja nicht um Gefälligkeiten bittest, sondern um die Erlaubnis, deinen Unterhalt zu verdienen. Sogar Martin Luther Kings berühmter Marsch auf Washington wurde beworben als Demonstration für "Jobs und Freiheit" – denn wenn du die Unterstützung der Ge-

werkschaften willst, muss die Forderung nach Jobs aufgenommen werden. Dabei sind die Leute, die unabhängig arbeiten, als Selbstständige oder sogar in Kooperativen noch nicht mal in Gewerkschaften!

Seit den 60ern hat es deshalb eine radikale Strömung gegeben, die die Gewerkschaften als Teil des Problems angesehen hat. Ich glaube aber, wir sollten die Frage offener

auffassen: Wie kommt es, dass die Gewerkschaften, die früher für weniger Arbeit, kürzere Arbeitszeiten gekämpft heute die komische Gegenüberstellung von Puritanismus und Hedonismus akzeptieren, auf der der Konsumkapitalismus beruht? Warum diese Annahme, dass Arbeit "hart" sein sollte (und gute Menschen daher "hart arbeitende Leute" sind) und dass das Ziel von Arbeit materieller Wohlstand ist, wir also leiden müssen für das Recht auf Konsum-Spielzeug?

In deinem Buch schreibst du ausführlich darüber, dass die traditionelle Verständnis von proletarischer Arbeit falsch ist. Speziell führst du an, dass Arbeiter*innenberufe mehr Ähnlichkeit mit Tätigkeiten haben, die traditionell mit Frauen verbunden werden als die Arbeit von Männern in

Fabriken. Das heißt, dass Schaffner*innen mehr gemeinsam haben mit der Care-Arbeit von Lehrer*innen als mit Maurer*innen auf der Baustelle. Kannst du dazu was sagen und die Verbindung mit Bullshit-Jobs erklären?

Wir sind besessen von der Vorstellung von "Produktion" und "Produktivität" (die wiederum "wachsen" muss, daher "Wachstum") – was, glaube ich, theologischen Ursprungs ist. Gott hat das Universum erschaffen. Die Menschen sind dazu verdammt, diese Schöpfung nachzumachen, indem sie in Schmerz und Elend das eigene Essen, Kleidung und so weiter herstellen. Also stellen wir uns Arbeit in erster Linie als produzierend vor, als Dinge machend – jede Branche wird nach ihrer "Produktivität" eingeordnet, sogar Immobilien! – dabei sollte schon bei kurzem Nachdenken klarwerden, dass die meiste Arbeit nicht im Dinge Machen besteht, sondern im Putzen, Polieren, im Behüten und Pflegen, im Helfen, Aufziehen und Reparieren und sonstwie darin, sich um Dinge zu kümmern.



Du machst einmal eine Tasse. Aber du wäschst sie tausendmal ab. Das waren auch immer die Arbeit der Arbeiter*innenklasse, es hat immer mehr Erzieher*innen und Schuhputzer*innen und Gärtner*innen und Schornsteinfeger*innen und Sexarbeiter*innen und Straßenfeger*innen und Küchenhilfen gegeben als Fabrikarbeiter*innen.

Und ja, sogar Schaffner*innen, die scheinbar überhaupt nichts mehr zu tun haben seit Tickets aus dem Automaten kommen, sind wirklich dafür da, falls mal ein Kind sich verirrt oder jemand krank wird oder um eine*n Betrunkene*n zu beruhigen, der*die Leuten auf die Nerven geht... (Hier ist das Problem, dass die Öffentlichkeit darauf eingestellt wurde, wie kleinbürgerliche Boss*innen zu denken; daher können sie es nicht akzeptieren, dass Leute, die nur für den Notfall da sind, in der Zwischenzeit rumsitzen und Karten spielen. Deshalb wird erwartet, dass die Schaffner*innen so tun, als würden sie die ganze Zeit arbeiten.) Und doch lassen wir das alles aus in unseren Theorien des Wertes, in denen es immer um "Produktivität" geht.

Ich schlage das Gegenteil vor, wie es feministische Ökonom*innen getan haben, wir könnten uns auch Fabrikarbeit als eine Erweiterung von Care-Arbeit vorstellen, da du nur deshalb Autos herstellen möchtest, weil du dich darum kümmerst, dass Menschen dort hinkommen, wo sie hinwollen. Etwas in der Art liegt sicherlich in dem Gefühl von Leuten, ihre Arbeit habe "sozialen Wert" – oder eben von fehlendem sozialen Wert, wenn sie Bullshit-Jobs haben

Aber ich halte es für sehr wichtig, dass wir anfangen unsere Ansichten über den Wert unserer Arbeit zu überdenken, das wird in Zukunft noch wichtiger werden, je mehr relative Bedeutung die Care-Arbeit durch die Automatisierung erhält. Nicht nur, wie ich schon meinte, weil die Automatisierung in diesen Sektoren den umgekehrten Effekt hat und die Arbeit weniger effizient wird, sodass immer mehr Leute in diesen Bereichen arbeiten müssen, um dieselbe Wirkung zu erzielen. Noch nicht einmal deshalb, weil das dazu führt, dass hier die wirklichen Konflikte geführt werden, sondern weil wir diese Bereiche nicht automatisieren wollen. Wir würden nicht wollen, dass ein Roboter Betrunkene beruhigt oder verirrte Kinder tröstet. Wir müssen den Wert in den Arbeiten sehen, die wir wirklich nur Menschen anvertrauen würden.

Welche Folgen hat deine Theorie der Bullshit-Jobs für Arbeitsaktivist*innen? Du schreibst, dass du dir nur schwer vorstellen kannst, wie eine Kampagne gegen Bullshit-Jobs aussehen müsste. Kannst du vielleicht trotzdem ein paar Ideen skizzieren, wie Gewerk-

schaften und Aktivist*innen sich dem Thema annähern könnten?

Ich rede gerne von der "Revolte der Pflege-Klasse". Die Arbeiter*innenklassen waren schon immer die Pflege-Klassen – nicht nur, weil sie fast die gesamte Care-Arbeit erledigt haben, sondern, vielleicht als Ergebnis dessen, weil sie empathischer sind als die Reichen. Das zeigen im Übrigen auch psychologische Untersuchungen. Je reicher du bist, desto schwerer fällt es dir, auch nur ein Verständnis für die Gefühle anderer Leute aufzubringen. Deshalb ist es ein guter Anfang, Arbeit nicht als Selbstzweck oder Wert zu entwerfen, sondern als materielle Erweiterung des Kümmerns.

Eigentlich würde ich sogar vorschlagen, dass wir "Produktion" und "Konsumption" durch "Kümmern" und "Freiheit" ersetzen – Kümmern ist jede Handlung mit dem Ziel, eine andere Person oder die Freiheit anderer Leute zu erhalten oder zu erweitern. So wie Mütter sich um Kinder nicht nur mit dem Ziel kümmern, dass sie gesund sind und wachsen und gedeihen, sondern ganz unmittelbar, damit sie spielen können, was der stärkste Ausdruck von Freiheit ist.

Aber das ist alles langfristiges Zeug. Im kleineren Rahmen denke ich, sollten wir darüber nachdenken, wie wir der Übermacht des Professionell-Managermäßigen begegnen können, nicht nur in den bestehenden linken Organisationen – wobei in vielen Fällen, wie bei der Demokratischen Partei in den USA, fraglich ist, ob sie überhaupt "links" genannt werden sollten – und uns so wirksam der Bullshitisierung entgegenstellen.

Im Moment streiken Krankenpfleger*innen in Neuseeland und eines ihrer Hauptanliegen ist genau das: einerseits sind ihre Reallöhne gesunken, andererseits verbringen sie so viel Zeit mit dem Ausfüllen von Formularen, dass sie sich kaum noch um ihre Patient*innen kümmern können. Für viele Pfleger*innen nimmt das mehr als 50 Prozent in Anspruch!

Die beiden Probleme sind miteinander verknüpft, da natürlich das ganze Geld, das sonst in höhere Löhne geflossen wäre, stattdessen verwendet wird, neue und nutzlose Verwaltungsangestellte anzustellen, die die Pfleger*innen wiederum mit zusätzlichem Papierkram belasten, um ihre Jobs zu rechtfertigen. Diese Angestellten werden aber oft von den selben Parteien vertreten, sogar von den selben Gewerkschaften.

Wie entwerfen wir ein praktisches Programm, um solche Sachen zu bekämpfen? Ich halte das für eine äußerst wichtige strategische Frage.

"Bin ich für dich (k)ein Mensch?" – Solidarität für die Antipsychiatrie Bewegung!

★ Von: merlin

Als ich begann über und gegen Psychiatrien zu arbeiten, wurde ich schnell mit Desinteresse, Unverständnis bis zu Verweigerung über Diskussionen darüber konfrontiert. Psychiatrien gehören irgendwie zu einem System, welches in radikalen Kreisen kritisiert wird. Menschen wird ihre Freiheit entzogen, das könnte unter Umständen ja ungerechtfertigt sein! Die bestehenden Zustände können krank machen, klar. Was es allerdings bedeutet, als krank betrachtet zu werden im größeren Kontext mit Institutionen wie Psychiatrie, wird wenig besprochen. So weit, so oberflächlich.



"Nieder mit den Mauern der Psychiatrien!"

Ich fing an mich darüber zu wundern, warum andere Institutionen wie Gefängnisse einer klaren Kritik ausgesetzt sind, aber Psychiatrien meistens wie riesige Fichten im Wald der Zusammenhänge umgangen werden. Ich nahm an, dass die fehlende Auseinandersetzung und die zugegebenermaßen eingeschlafene radikale Bewegung das zu verantworten hätten. Im Laufe meiner Arbeit sollte sich allerdings herausstellen, dass die Problematik weitaus tiefer reicht.

Die Antipsychiatrie-Bewegung hatte ihre blühende Zeit in den 68er Jahren und formte verschiedene Gruppierungen, Verbände und Aktionen. So entstanden dutzende Schriften, von einfachen Aufrufen und Infoseiten bis hin zu komplexen Analysen, die von den Zuständen und intersektionalen Verstrickungen von Diskriminierungen in Psychiatrien handeln.

Es gibt also genug Material, das auf die menschenverachtenden Zustände in Psychiatrien aufmerksam macht. Dennoch ist da diese Stille. Dennoch ist da dieses Räuspern, das ungeschickt versucht schnellst möglich das Thema zu wechseln. Früher war es kein Nischenthema, welches irgendwie in der emanzipatorischen Praxis in eine andere Lebensrealität geschoben werden konnte. Deutschland galt als eines der Zentren von Vordenker*innen der Antipsychiatrie, indem sich theoretische Arbeiten und scharfe Analysen zu Bewegungen entwickelten, die in der Praxis neue Arten des Zusammenlebens probierten und die Konsequenz aus dem Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft zogen – und radikale Schritte einleiteten.

Es wurden Zufluchtsstätten gegründet, Häuser besetzt und in größeren Zusammenhängen gedacht. Kritik am Psychiatriesystem gehörte in radikalen Kreisen, ob vorerst akademisch oder später ganz praktisch, zum guten Ton. Wo kommt also die äußerst unhöfliche und unsolidarische Stille her?

1. Die soziale Hilfsorganisation - Es ist zu deinem Besten

Die Antipsychiatrie Bewegung muss sich als erstes oft einem Bild stellen, das ein verdammt zynisches Licht wirft: Psychiatrien sind nach diesem soziale Gesundheits- und Hilfsinstitutionen, die zwar gruselig und stigmatisiert sind, aber immerhin noch sozial. Die dazwischen geschobene Ebene des Sozialen macht es schwieriger, Missbrauch, Machtstrukturen und Menschenrechtsverletzungen klar sichtbar zu kritisieren.

"Die wollen Menschen da ja eigentlich nur helfen!" ist ein fadenscheiniges Argument, denn es ignoriert das tatsächlich erzeugte Leid und die eigentlichen Mechanismen und normativen Vorlagen innerhalb von abgeschotteten Psychiatriesystemen.

Die Psychiatrie, im Mantel einer sozialen Gesundheitsinstitution, wird so depolitisiert.

Also: Nur weil "Gesundheit", "sozial" und "Hilfe" draufsteht, muss der Inhalt dem bei Weitem nicht entsprechen. Die sonst so kritische Linke scheint diesen einfachen Logikschritt mit großem Gefallen zu verweigern. Die Un-

schuld des Nichtwissens zieht hier nicht mehr. Das Wissen über die Zustände ist vorhanden und gut zugänglich, was also ist so unbequem an radikaler Psychiatriekritik, oder einer stabilen Solidarität mit der Antipsychiatrie Bewegung? Was steht auf der anderen Seite, dass dieser mehr geglaubt wird?

2. Für mehr Unwissenschaftlichkeit!

Ein weiterer radikaler Schritt, der selbst in der Postmoderne vielen noch zu schmerzhaft zu sein scheint, ist das Hinterfragen von Wissenschaft. Es ist einfach, Menschen in eine Schublade zu stecken, wenn "wissenschaftliche Erkenntnisse" dafür breite Trampelpfade liefern. Burnout, Borderline, Persönlichkeitsstörung: wir tun so, als ob diese abgegrenzten Diagnoseraster in ihrer Natürlichkeit schon immer bestanden und als Krankheitsbild zum menschlichen Sein gehören. Was ein Mensch ist und wie dieser sich zu verhalten hat, wurde über Jahrhunderte von Menschen durch Kultur und Sozialstrukturen entworfen. Die menschliche Erfahrung, oder das, was wir für einen gesunden Menschen halten, ist letztlich nur eins: ein Konstrukt. Schwere Zeiten und ver_rückte¹ Lebensabschnitte können auch ohne ein künstliches Krankheitsbild ernst genommen und aufgefangen werden.

Werfen wir einen Blick auf die Kämpfe von Trans Aktivist*innen, kristallisiert sich der Unterdrückungsgeist von wissenschaftlichen Konstrukten bitter heraus. Das zweige-

schlechtliche System ist genauso konstruiert.

Empörte Antifeminist*innen greifen rasch in ihre alte Schulmappe, um ihr Biologiebuch aus der 8. Klasse zu zücken: "Was, aber hier steht es doch schwarz auf weiß, es gibt nur zwei Geschlechter, bla bla bla." Unkritisch werden runtergebrochene und veraltete Erkenntnisse gegen reale Lebensrealitäten von tausenden Menschen gestellt. Das ist nicht nur absurd und ermüdend.

Das unkritische Herunterlabern von Wahrheitsmonopolen der Wissenschaft ist gefährlich.

Es ist notwendig darüber nachzudenken, von wem Normen geprägt werden und wer Wissenschaft dominiert. Diagnoseverfahren sind nicht abgekoppelt vom Rest der Welt, die wir erschaffen haben. Sie sind genauso sexistisch, rassistisch, homo- oder transfeindlich wie auch der Rest der Gesellschaft und die Personen, die sie durchführen. Was als ver_rückt galt oder heute gilt, ist daher an dominierende Vorstellungen der jeweiligen Zeit gebunden. Wissenschaft, oder das Benennen von Krankheit oder Abweichung kann auch als Unterdrückungswerkzeug genutzt werden: Es zieht sich durch die Menschheitsgeschichte, dass Menschen abseits der Norm, ob diese nun rebellierende Frauen, neurodiverse Personen, Homosexuelle oder Transpersonen sind, stetig von oben nach unten pathologisiert wurden.

Pathologisierung bedeutet, dass Empfindungen, Bedürfnisse und Verhaltensweisen durch herrschende Normen als krankhaft definiert werden können. Pathologisierung ist

[1] Der mitgeschriebene Unterstrich in dem Wort ver_rückt möchte verdeutlichen, dass hinter dieser Bezeichnung oft Fremdbestimmung nach diskriminierenden gesellschaftlichen Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen steht, welche Menschen nach herrschenden Vorstellungen wieder "gerade rücken" wollen.



daher ein wirklich ekliges Machtinstrument, was wir endlich und ganz final aus unserem Leben und vor allem unserer politischen Praxis streichen müssen.

3. Konstrukt des Ver_rückten – was ist schon vernünftig?

Von Menschen in Psychiatrien wird ein hochgradig abstraktes Bild gezeichnet. Die einzigen Fälle über die ge-

sprochen wird, sind Personen, die starke Verhaltensabweichungen zeigen. Dieses Bild des*der völlig verwahrlosten Ver_rückten stärkt dann das Argument des: "muss ja so". Es wird verallgemeinert zu einem Menschen, der nur noch eine Idee von ursprünglicher Vernunft ist während sich andere Menschen aus Nächstenliebe dazu erbarmen ihm aus absoluter Hilfslosigkeit aufzuhelfen.

So einfach ist das nicht. In Psychiatrien leben Menschen, die Burnout, Essstörungen, Depressionen, psychotische Schübe und andere Arten von Neurodiversität diagnostiziert bekommen haben oder

noch darauf warten, in eine mehr oder minder hilfreiche Schublade gesteckt zu werden. Abgesehen von dieser Verallgemeinerung wird das Bild nicht in Frage gestellt.

Es bringt aber zwei weitere Steine ins Rollen: durch Abwertung von Menschen, die der Norm nicht entsprechen, identifizieren sich Menschen nicht mit ihnen. Obwohl das eine wirklich miese Praxis ist, solidarisieren sie sich somit auch nicht. Ein weiterer Stein könnte die Solidarität weiter weg rollen lassen: Wenn ver_rückt sein so eine andere Lebensrealität ist, dann können sich Menschen nicht vorstellen, auch mal in die Situation zu kommen.

Knäste liegen nur einen Steinwurf entfernt, wir tragen die Mauern in unseren Herzen, wir schreiben ganz reale Briefe zu unseren Freund*innen, die vor zwei Wochen noch Missetaten mit uns planten. Durch die Abstraktion von Menschen in Psychiatrien, findet diese Art der Identifikation und Solidarität oft nicht statt. Dabei liegen Psychiatrien in ähnlicher Weise viel näher als es uns lieb wäre.

In Psychiatrien zu landen ist eigentlich ganz leicht, insbesondere wenn Personen Minderjährig sind.

Let's face it: die Welt, in der wir gerade Leben, ist mehr als beschissen.

Es ist leicht unter Druck zusammenzubrechen, um dann schwere Zeiten und ver_rückte Phasen zu durchleben. Leistungsdruck, Diskriminierung, Repression: Personen hören auf zu funktionieren.

Es gibt noch nicht viele coole Unterstützer*innengruppen, die dieses Leid gut auffangen können. Ob es nun deine Eltern waren, Cops dich aufgesammelt haben oder es erst mal deine fixe Idee war: da bist du nun. Reinkommen ist einfach, rauskommen manchmal nicht.

Bist du auch noch von mehr als den verhältnismäßig privilegierten Problemen betroffen, also von Sexismus, Ableismus, Rassismus, Armut und Homo- oder Transfeindlichkeit, befindet sich dein Name in mehrfacher

Ausführung in dem Lostopf für eine Einweisung wie bei den f*cking Hungergames der mentalen Gesundheit.

Menschen sind komplex, abstrakte Ver_rücktheitsbilder müssen abgebaut werden. Auch das Klischeebild eines Insassen ist nicht nur das, die Person ist ein Mensch. Wir verdienen es, gefragt zu werden, was wir für uns selbst für richtig halten. Wir verdienen es, vor Eingriffen geschützt zu werden. Wir verdienen ein Aushandeln auf Augenhöhe im Rahmen von Selbstbestimmung und Freiheit.



4. Abstraktion – Mehr als nur kriminell und ver_rückt

Da Psychiatrien und die Systematik darum sich als totale Institution mit Gefängnissen vergleichen lassen, hilft ein Blick auf die anti-Knast Bewegung weiter. Kritik an Knästen ist in der Linken gut etabliert, von umfangreicher Solidarität dazu, dass kaum eine*r sich bewusst DAFÜR aussprechen würde. Auch wenn Parallelen erkennbar sind, unterscheiden sich beide in Umständen und Mechanismen in verschieden Aspekten.

Wenn wir uns auf Gemeinsamkeiten konzentrieren, wird deutlich, dass die Debatte von einer Frage dominiert wird: Wohin mit dem vermeintlich ver rückten?

"Na gut. Aber was machen wir dann mit denen?" ist auch eine Frage, die Aktivist*innen der Anti-Knast Bewegung nach jedem Input an den Kopf geworfen wird. Neben Beispielen für gelebte transformative justice, transformierende Gerechtigkeit, hinterfragt die Anti-Knast Bewegung gezielt die Bilder einer kriminellen Person, welche per se als bösartig und gewalttätig gezeichnet wird. Kritiker*innen holen dann ihren eigenen Tuschekasten raus: das Strafsystem bestraft systematisch Marginalisierte und somit auch ökonomische Verlierer*innen des Kapitalismus und will sie so unter Kontrolle halten. Unter diesem Licht hat Straffälligkeit nichts mehr mit "böse sein" zu tun.

Das Kriminelle Subjekt, oder das abstrakte Böse muss in dieser Logik verworfen werden.

Wird diese Frage allerdings in der Anti-Psychiatrie Debatte genannt, wird es wieder unheimlich still. Ver_rücktheit ist auch ein abstrakter und konstruierter Begriff. Nur ist dieser für viele immer noch zu glaubwürdig in der Verbindung mit einem vermeintlich sozialen Gesundheitsapparat, welcher ja nur helfen will. Die Abstraktion, die es akzeptierbar macht Menschen ihre Freiheit zu nehmen, wird einfach nicht weiter reflektiert. Ver_rückte werden keine Menschen, sie bleiben in der Idee weiter Ver_rückte.

Die Antipsychiatrie Bewegung muss daher schon im Ansatz weiter gehen, als nur eine Zwangsinstitution zu kritisieren. Wir müssen verstehen, welche gesellschaftlichen Normen andere Lebensentwürfe und Lebensrealitäten entwerten und warum diese dann mithilfe von Pathologisierung unterdrückt werden. Was als ver_rückt und daher krank gilt, ist eine gesellschaftliche Idee. Dieses Denken ist, da wir alle Teil davon sind, auch in uns verankert. Abweichungen dürfen und müssen ertragen werden. Solidarität kann nicht bei der Norm aufhören, sie muss allumfassend mit unterdrückten und stigmatisierten Menschen praktiziert werden. Geht sie nicht weiter, stumpft sie als Waffe für Freiheit und Menschenwürde ab.

Solidarität muss (praktisch) werden

Viele Überlebende von Psychiatrien beschreiben ihre Erfahrungen als entmenschlichend. Schon die Vordenker*innen der Antipsychiatrie Bewegung stellten fest, dass in Psychiatrien Menschen nicht mehr Personen sind, sondern zu Sachen herabgesetzt werden. Unsere Rechte und unsere Freiheit wird beschnitten, wir müssen uns tagtäglich Übergriffigkeiten aussetzen, wir bekommen Drogen verschrieben, welche Nebenwirkungen haben, die mit uns nicht einmal besprochen werden. Und der eigentlich größte Widerspruch: Uns wird oft nicht geholfen. Therapieangebote finden nicht statt, oder sie sind so normativ, dass es für viele an Gewalterfahrung grenzt – was bleibt, sind die Gitter vor den Fenstern, die die Gesellschaft vor uns schützen sollen (?).

Aber wer schützt uns vor der Gesellschaft? Wer schützt uns vor ihren gewaltvollen Normen? Wer schützt uns vor kapitalistischem Leistungsdruck und Diskriminierungserfahrungen? Wenn freiheitliche Menschenrechte nur noch als Schatten existent sind, passiert all das in Psychiatrien ungefiltert.

Warum sieht die Mehrheitsgesellschaft weg und warum müssen wir um radikale Solidarität auch in linken Zusammenhängen beinahe betteln? Die Frage, die als Nachgeschmack pelzig auf unseren Zungen liegt: sind wir für euch keine Menschen?

Normalität(en) zerleben

Argumente für Psychiatrien laufen aus.

Wir haben das schon immer so gedacht und demnach können andere Perspektiven nur falsch sein? Seht genauer hin, wer das "Wir" ist. Wissenschaft muss in emanzipatorischer Praxis kritisch hinterfragt werden.

Psychiatrien wollen nur helfen? Fragt euch unter welchen Umständen und Zuständen soll wie geholfen werden, und ob reale Hilfe überhaupt stattfindet. Psychiatrien sind kei-



ne humanistischen Hilfsverbände, die Menschen altruistisch retten wollen.

Wo sollen all die gefährlichen Ver_rückten hin? Nun, eine dieser Ver_rückten spricht gerade mit dir.

Ganz frei, ganz zahm.

Das einzig Gefährliche an mir ist mein gebrochenes Herz, das die Wut aufbrodeln lässt um nach mehr Solidarität zu verlangen. Normen müssen zerlebt werden, unsere Verrücktheit wurde von Anderen bestimmt.

Hört uns zu, wenn wir von der Gewalt sprechen, die wir in Psychiatrien erlebt haben. Fangt endlich an Formen von solidarischen Unterstützungsgruppen zu besprechen, um euch gegenseitig von staatlichen Eingriffen durch schwere Zeiten zu helfen. Gebt unseren Kämpfen Raum und Aufmerksamkeit.

Wenn ich das nächste Mal "Knäste sollen brennen!" rufe, will ich, dass ihr umso lauter antwortet: "Psychiatrien gleich dazu!".



Rezension zur Queerulant_in #10

★ Von: Jonas Parey

Im Juni wurde die 10. Ausgabe der "Queerulant_in" veröffentlicht, eine queerpolitische Zeitschrift, die seit 2006 erscheint. Die vorherigen Ausgaben habe ich nur sporadisch gelesen, das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe "Queer und Gefangenschaft" weckte diesmal meine Aufmerksamkeit. Wie immer ist die Queerulant_in gespickt mit vielen spannenden Artikeln, Erfahrungsberichten, Lyrik und Comics.



Das Anarchist Black Cross Wien gibt in dem Artikel "Trans* hinter Gitter" einen Einblick in die Gefängnisrealität von Trans*, schreibt über Solidarität mit Gefangenen von außerhalb des Knastes und untereinander und erläutert die Geschichte des "Trans Prisoner Day". Ich war sehr

erfreut darüber, dass die Genoss*innen in dem queerfeministischen Magazin veröffentlichen!

Mein persönlicher Höhepunkt war der Artikel "Queers im TV-Knast" von Sam Achilles. Sam beschäftigt sich mit der Frage, was an Knast-Serien so spannend ist und wieso sich gerade Queers so für sie begeistern. Anhand der Serie "Orange is the New Black" (kurz OITNB, Netflix) analysiert Sam das System Knast und deckt dabei die Mechanismen auf, mit denen Knast versucht, Menschen zu strafen, zu reparieren und wieder in die Gesellschaft einzufügen. Anhand von OITNB betrachtet Sam immer wieder die Situationen vom marginalisierten Gruppen im Gefängnis und im TV: "Manch eins freut sich vielleicht über die hohe Diversität: Viele Frauen, wenig Weiße, viele Queers! Dabei ist es doch schrecklich bezeichnend, dass dieser seltene Fall lediglich bei einer Serie zu beobachten ist, die im Knast spielt." Ein wirklich lesenswerter Artikel!

Worauf ich mich bei jeder Queerulant_in-Ausgabe freue, ist das Glossar, das jedes Mal um viele Begriffe erweitert wird und in leicht verständlicher Sprache viel feministisches Fachvokabular erklärt. Das erste Mal stieß ich hier beim Lesen auf die Abkürzung "MOGAI". MOGAI steht für "'marginalisierte Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Intersex' und ist ein Sammelbegriff, welcher [...] versucht, durch nicht konkrete Benennung der einzelnen sexuellen Identitäten und Geschlechtsidentitäten einen Schwerpunkt auf deren Marginalisierung und Unterdrückung zu setzen". Ich finde das eine Idee, die in anarchistischen Kontexten Anwendung finden könnte oder sollte, da es zum Einen die unterdrückenden Herrschaftsverhältnisse aufdeckt und zugleich die Einordnung einer Person in diese Gruppe bei der Person belässt, ohne sich in eine vorgegebenen Kategorien (z. B. bei LGBTIQ-Abkürzungen) einordnen zu müssen.

Information

Erhältlich ist die Queerulant_in bei der FdA-Gruppe "Fabzi - feministische und anarchistische Broschüren und Zines", im Black Pigeon Buchladen in Dortmund und an mehr als 220 Auslageorten im deutschsprachigen Raum sowie auf der Website queerulantin.de



Die Circle-A #5 kann hier heruntergeladen werden: https://and.notraces.net/de/2018/08/15/circle-a-5/



Kurznachrichten



Save the Date: Anarchistische Buchmesse Mannheim vom 10. – 12. Mai 2019

Liebe Verlage, Vertriebe, Autor*innen, Kulturschaffende, Übersetzende,

im nächsten Jahr ist es endlich wieder soweit: vom 10. – 12. Mai 2019 wird es wieder eine vielseitige und bunte anarchistische Buchmesse in Mannheim geben. Drei Tage lang wird die Stadt libertäre Kultur, zahlreiche Bücher, Lesungen, Vorträge, Workshops und Konzerte erleben.

Erste Infos zu Veranstaltungsorten, unser Editorial, sowie einen Überblick über Programm und Beteiligte der vier letzten Buchmessen findet Ihr schon jetzt bzw. sehr bald auf unserer Website: buchmesse.anarchie-mannheim.de

Wenn Ihr wieder (oder zum ersten Mal) mitmachen möchtet, egal ob als Verlag, Vertrieb, Autor*in, Künstler*in, Musiker*in oder Band oder einfach weitere engagierte und interessierte Menschen kennt, sendet einfach eine E-Mail an: buchmesse@anarchie-mannheim.de

Wir möchten Euch bitten, uns bis spätestens Mitte November dieses Jahres Bescheid zu geben.

Mit libertären Grüßen Anarchistische Gruppe Mannheim

www.anarchie-mannheim.de



FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch

 Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin

Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

BIELEFELD

Das ANARCHISTISCHE FORUM OWL trifft sich jeden Mittwoch ab 18 Uhr im FAU-LOKAL in der Metzer Str. 20 (Ecke Mühlenstr.) in Bielefeld. Hier diskutieren wir, planen gemeinsame Aktionen, führen Veranstaltungen durch+bereiten die Revolution vor.

ANARCHISTISCHE KLASSIKER*INNNEN: Jeden 2. Mittwoch im Monat stellen wir ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal anarchistische Klassiker*innen und ihr Leben und Werk vor.

SCHWARZER FREITAG: Am letzten Freitag im Monat zeigen wir Filme, stellen Bücher vor oder präsentieren alternative Projekte aus Bielefeld und OWL

LIBERTÄRER LESEKREIS: Alle zwei Wochen lesen wir gemeinsam in Horst Stowassers Einführung in den Anarchismus, ab 19 Uhr im FAU-Lokal

KÜCHE FÜR ALLE: An jedem 1. Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn

Jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr im Oscar Romero Haus, Heerstraße 205

DORTMUND

Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum – Black Pigeon

Scharnhorststraße 50, 44147 Dortmund

regelmäßige Öffnungszeiten Dienstag bis Freitag 13-19 Uhr

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen

Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an: akfreizeit@riseup.net

Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG

jeden zweiten Dienstag (gerade Wochen) von 18:00 bis 20:00 Uhr im FAU-Büro: Hausprojekt Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26 mehr Infos unter: dresden.fau.org

FRANKFURT am Main

$BR(A)NCH-Veganer\ Brunch\ mit\ wechselndem\ Programm$

ab 12 Uhr Brunch, 14 Uhr Programm (Vortrag o.ä., aktuelle Infos: lila.noblogs.org) Jeden letzten Sonntag im Monat im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

"Zum Kuckuck" – offenes anarchistisches Treffen

Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr im Interym/Kyosk, Adlerstr. 2, 79098 Freiburg

Offene anarchistische Bibliothek

Jeden 1. + 3. Sonntag im Monat ab 17 Uhr im SUSI Café, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg

GÖTTINGEN

Anarcho-syndikalistische Jugend Göttingen

Halboffene Gruppe mit verschiedenen Schwerpunkten (aktuell: Arbeitskampf an Hochschulen, anarchistische Agitation und Freiräume)
Kennenlernen jeden letzten Sonntag im Monat, ab 15 Uhr im JuZI (Bürgerstr. 41 - Göttingen) beim anarchistischen Café Mailadresse: asjgoe@ungehorsam.ch

KARLSRUHE

Vegane Vokü

Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KASSEL

Anarchistisches Info-Café

Jeden zweiten Sonntag des Monats, 15 bis 18 Uhr Infoladen"...an der Halitstraße" (Holländische Str. 88, Kassel)

Anarchistisches Radio Kassel

Jeden vierten Samstag um 20 Uhr im Freien Radio Kassel auf 105,8 Mhz oder im Livestream, Sendetermine unter a-o-ks.org/tag/radio/

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum

Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr im Infoladen des Autonomen Zentrums (Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)

Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat ab 19:30 Uhr in der Gleiserei Kontakt über asj-leipzig@riseup.net

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)

Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

TheorieAG der ASJL

Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L - das monatliche Antifa-Café

des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (mit Vokü)

Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

NÜRNBERG

Vefa (veganes Essen für Alle) von Auf der Suche – Anarchistische Gruppe Nürnberg jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr im Projekt 31 (An den Rampen 31, 90443 Nürnberg)



Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen und Staaten, ohne Klassen und Patriarchat, auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen Kontakt: fda-organisation@riseup.net

Internationale der Anarchistischen Föderationen Kontakt: secretariat@i-f-a.org i-f-a.org

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin Kontakt: aradio-berlin@riseup.net aradio.blogsport.de

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden

AK Freizeit Kontakt: akfreizeit@riseup.net dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Libertäre Aktion Frankfurt Oder Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net laffo.blogsport.eu

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg) Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Karakök Autonome Türkei/Schweiz Kontakt: laydaran@immerda.ch karakok.org Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr Kontakt: afrr@riseup.net afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund Kontakt: agdo@riseup.net agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld Kontakt: agkrefeld@riseup.net agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet Kontakt: agoer@riseup.net afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln Kontakt: anarchokoeln@riseup.net apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark - queerfeministische Gruppe Dortmund Kontakt: lilalautstark@riseup.net lilalautstark.noblogs.org

fabzi – feministische und anarchistische Broschüren und Zines Kontakt: mail fabzi@riseup.net

li(e)beration Wuppertal Kontakt: lieberation@riseup.net lieberation.wordpress.com

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe Kontakt: afowl@riseup.net afowl.noblogs.org

Aktion & Organisierung Kassel Kontakt: kassel_a@riseup.net a-o-ks.org Anarchistisches Netzwerk Südwest* Kontakt: info@a-netz.org a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim Kontakt: info@anarchie-mannheim.de anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern Kontakt: aikl@riseup.net aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau Kontakt: a-ini-og@immerda.ch aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg Kontakt: lb-hoch2@riseup.net lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe Kontakt: lka@riseup.net lka.tumblr.com

Auf der Suche (Nürnberg) Kontakt: aufdersuche@riseup.net aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München) Kontakt: lava-muc@riseup.net Lavamuc.noblogs.org

about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln Kontakt: aboutfem@riseup.net aboutfem.blogsport.de ASJ Bonn

Kontakt: asjbonn@riseup.net asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen

Kontakt: asjgoe@ungehorsam.cl

asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig

Kontakt: asj-leipzig@riseup.net

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt)

| Kontakt: info@lila-f.org

A4 Unplugged (Zürich)

Kontakt: info@a4druck.ch Ort: Koch Areal

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden Kontakt: faudd@fau.org fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln Kontakt: a.f.koeln@riseup.net anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv Kontakt: info@it-kollektiv.com

it-kollektiv.com Black Pigeon (Dortmund)

Black Figeon (Dortmund) Kontakt: black-pigeon@riseup.net blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net schwarzerub.blogsport.de

F54-Siebdruckkollektiv Kontakt: kiezladenf54bleibt@riseup